

**Wenn
Sie
für
andere
mitdenken
müssen**



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

20. Jahrgang / Heft 7/8

Juli-August 1965

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

	Seite
Die nationale Mission der DDR und der Friedenskräfte Westdeutschlands . . .	2
Das Potsdamer Abkommen — zwanzig Jahre danach Selbstbestimmung! — Aber wie? . . .	10
Frieden, Verständigung und Demokratie erfordern: Aufhebung des KPD-Verbots . . .	14
Für eine demokratische Entwicklung der Landwirtschaft . . .	18
Eine Diskussion: Vermögensbildung? . . .	23
Neue Momente in der Taktik des Gegners . . .	27
Unsere politischen Aufgaben über die Grundeinheiten verwirklichen . . .	30
Zu den Ereignissen in der Dominikanischen Republik . . .	34
Wider die Prinzipien des Völkerrechts . . .	37
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet: Gibt es noch ein Proletariat? . . .	40
Aggressoren ohne Chance . . .	41
Tatsachen aus der DDR . . .	43
Das neue Buch . . .	47
Dokumente der Arbeiterbewegung . . .	51

Die nationale Mission

der Deutschen Demokratischen Republik und der Friedenskräfte Westdeutschlands

Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, auf der 13. Sitzung der Volkskammer

am 5. Mai 1965

Vor 20 Jahren wurde auch unser deutsches Volk von der im Auftrage der Großkapitalisten, der Bankherren und Großgrundbesitzer errichteten nazistischen Schreckensherrschaft befreit.

Mit Gut und Blut hat das deutsche Volk dafür zahlen müssen, daß es sich von Hitler und seinen kapitalistischen Auftraggebern betrügen ließ, daß es den imperialistischen Beherrschern unseres Vaterlandes blindlings in Abenteuer und Abgrund gefolgt war.

Die Erbschaft, die uns die nazistischen Verderber unseres Volkes hinterlassen hatten, war furchtbar. Städte und Dörfer lagen in Trümmern. Hunger, Verzweiflung und Leid herrschten im Land.

Aber die Besten unseres Volkes, die Kämpfer des Widerstandes gegen Hitler, die Aktivisten der ersten Stunde und mit ihnen Hunderttausende ehrlicher Deutscher ließen den Kopf nicht sinken. Sie packten zu und zeigten den Ausweg aus der Katastrophe, die von den deutschen Kapitalisten herbeigeführt worden war. Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und mit Hilfe des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien — tatkräftig unterstützt von Soldaten und Offizieren der Sowjetarmee — wurde das uns als Erbschaft des faschistischen deutschen Imperialismus hinterlassene Chaos bewältigt und Schritt um Schritt eine neue Ordnung errichtet.

Ich möchte es unterstreichen: Für das deutsche Volk brachte der 8. Mai 1945 die Befreiung von Krieg und Militarismus und nazistischem Terror.

Kennzeichnend für den Geist der in Westdeutschland wieder herrschenden Kräfte ist die Tatsache, daß die herrschenden Kreise in Bonn es mit Enttäuschung ablehnen, den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom Krieg und einer unmenschlichen Terrorherrschaft anzusehen. Sie tun damit kund, was sie mit der Eroberungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus auch heute noch verbindet. Sie betrachten die totale militärische Niederlage

Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg als ihre eigene Niederlage, als Niederlage, als Niederlage der herrschenden kapitalistischen Klasse, der Konzernherren und ihrer Staatsbürokratie. Die Herren sagen: Einen verlorenen Krieg können sie nicht Befreiung nennen.

Aber für die große Masse auch der Westdeutschen, für die Millionen Arbeiter, Bauern und Angestellten, für die Intellektuellen und die Gewerbetreibenden, für die Kommunisten und Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten, für die Gewerkschafter und für alle anständigen Menschen, die es in allen Kreisen und gesellschaftlichen Schichten unseres Volkes gab, war der 8. Mai 1945 — ebenso wie für uns alle — die Befreiung von der schrecklichsten Bürde und Schande, die jemals auf der deutschen Nation gelastet hatte.

Die Völker fragen alle Deutschen: Was habt ihr getan, damit nie mehr

von deutschem Boden ein Krieg ausgeht?

Es ist verständlich: In diesen Tagen, da wir die Schwelle ins dritte Nachkriegsjahrzehnt überschreiten, fragt sich nicht nur das deutsche Volk „Wo stehen wir eigentlich?“ Mit noch mehr Recht fragen auch die anderen Völker: Was habt ihr Deutschen getan, damit nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgehe? — Was habt ihr Deutschen getan, um die Reste des Nazismus und des Krieges zu beseitigen? — Welche Garantien habt ihr Deutschen geschaffen, damit in Deutschland der Friede, der Humanismus und der Fortschritt gedeihe?

Wir, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik können diese Fragen mit gutem Gewissen beantworten. Denn wir haben in unserem Deutschland in souveräner Ausübung unseres Selbstbestimmungsrechtes den ersten deutschen Friedensstaat geschaffen und hier die imperialistische Kriegsideologie ein für allemal überwunden.

Wir haben die Zeit gut genutzt

Wir haben die Menschenrechte und die staatsbürgerlichen Grundrechte verwirklicht, für welche die deutschen Arbeiter und Bauern, ja die Mehrheit des deutschen Volkes, schon vor dem ersten Weltkrieg eintraten. In der Deutschen Demokratischen Republik ist dank der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Entfaltung der sozialistischen Demokratie das Volk selbst der souveräne Herrscher. Nicht einige hundert Millionäre, sondern die Millionen selbst regieren. Jeder, der ehrlich mitarbeitet, kann auch mitplanen und mitregieren. Das Volk selbst ist Eigentümer der Wirtschaft. Und alle von ihm geschaffenen Reichtümer gehören den Millionen und nicht einer Handvoll Millionäre. Das Volk hat sein Recht auf Bildung und auf Teilnahme an der Entwicklung der Kultur verwirklicht. Das Volk hat die Politik des Friedens und der Freundschaft mit den anderen Völkern festgelegt und verwirklicht sie durch die von ihm berufene Regierung.

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik können also an diesem 20. Jahrestag der Befreiung den anderen Völkern mit gutem Gewissen

sagen: Wir haben die Zeit gut genutzt. Wir haben reinen Tisch gemacht mit den deutschen Kriegstreibern und Militaristen, mit den Verderbern unseres Volkes und so vieler anderer Völker. In unserem Teil Deutschlands haben Humanismus und Demokratie gesiegt. In der Deutschen Demokratischen Republik haben die Nationale Front und die Regierung und das Volk die Vergangenheit bewältigt. Das Leben der Gegenwart ist von den Ideen des Humanismus erfüllt. Die Organe des demokratischen und sozialistischen Staates fördern den Geist der Menschlichkeit.

Auf die Frage „Was habt ihr getan und erreicht?“ — müßten die Bürger Westdeutschlands aber antworten: „Uns haben die Westmächte geknebelt und die Bildung eines westdeutschen Separatstaates aufgezwungen. Sie haben zusammen mit den Millionären Deutschland gespalten. Sie haben uns betrogen, als sie uns sagten, dies sei der leichtere Weg. Aber jetzt wissen wir: Der Marshallplan und die sogenannte Hilfe der westlichen Besatzungsmächte haben in Wirklichkeit

nur der Wiederherstellung der Macht der Millionäre gedient.“

Der große Betrug, den einst die Millionäre und ihre Hitlerpartei an unserem Volk begingen, wird auf vielfältige Art fortgeführt. Durch die Politik der Regierung wie durch die Meinungsfabriken der großen Pressekonzerne, wie Springer-Konzern und andere. Das, was vor 20 Jahren am Tag der Befrei-

ung von der faschistischen Terrorherrschaft und in den ersten Jahren danach an demokratischen Rechten erreicht wurde, befindet sich seither im Prozeß des Abbaus. Ein großes Unbehagen breitet sich in Westdeutschland aus, weil immer mehr Menschen merken, daß die Vergangenheit nicht bewältigt ist und es doch niemandem erspart bleibt, sie zu bewältigen.

Die deutsche Staatsdoktrin der DDR

Der deutsche Friedensstaat, die Deutsche Demokratische Republik, hat sich stabilisiert und verfolgt seine große historische Aufgabe als Vertreter der nationalen und sozialen Interessen der ganzen deutschen Nation kraftvoll und zielbewußt.

Das oberste Gesetz der Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik ist es, dafür zu sorgen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Weil in der Deutschen Demokratischen Republik das imperialistische und militaristische System mit aller Konsequenz beseitigt wurde, deshalb ist sie ein sicherer Faktor des Friedens in Europa und in der Welt geworden.

Der Charakter der DDR und ihre Staatsdoktrin werden bestimmt durch die Herrschaft des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, den Angehörigen der Intelligenz und des werktätigen Mittelstandes. Frieden, Demokratie, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung, das sind die großen Ziele, denen der deutsche Friedensstaat zustrebt, das sind die Grundlagen der deutschen Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik.

Deutsche Staatsdoktrin — das ist die konsequente Politik des Friedens in Europa, in Deutschland und für Deutschland durch Verständigung der beiden deutschen Staaten über die allgemeine und vollständige Abrüstung und über ihren Verzicht auf jegliche Beteiligung an einer atomaren Rüstung. Grundlage der Außenpolitik der DDR ist dabei die feste Freund-

schaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

Deutsche Staatsdoktrin — das ist der unermüdlige Kampf um die Überwindung der Spaltung der deutschen Nation, das Streben nach Annäherung und gleichberechtigter Zusammenarbeit der deutschen Staaten, nach Schaffung der Voraussetzungen für ihr schrittweises Zusammenwachsen auf dem Wege einer deutschen Konföderation. Der Weg zur Vereinigung der deutschen Staaten führt über Abrüstung und Friedensvertrag, über die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges und die Vollendung des großen Werkes der Befreiung von Militarismus und Imperialismus und Faschismus auch in Westdeutschland. Dabei könnte ein paritätisch aus Vertretern der beiden deutschen Regierungen zusammengesetzter gesamtdeutscher Rat nützliche Dienste leisten. Er könnte seinerseits befugt sein, Kommissionen für die Vorbereitung der Lösung von Spezialfragen zu bilden.

Deutsche Staatsdoktrin — das ist das Streben nach Frieden und Sicherheit für alle Völker und Staaten Europas durch Verständigung über ihr friedliches Zusammenleben und ihre Zusammenarbeit auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung.

Deutsche Staatsdoktrin — das ist auch die Pflege der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Ländern, die sich von kolonialistischer Herrschaft befreit haben, und mit den Völkern, die noch im ant imperialistischen Befreiungskampf stehen.

Deutsche Einheit für den Krieg oder für den Frieden?

In gewissen Abständen — und vor allem immer dann, wenn irgendwelche Wahlen in Westdeutschland

herannahen — ertönt von Bonn aus der Ruf nach einer neuen Deutschland-Initiative der Westmächte. Und um die

Bonner Herren zu beruhigen und ihrem Chauvinismus und Wahlkampfbedürfnis etwas Futter zu geben, werden dann in verschiedenen NATO-Gremien oder auch von einer obskuren Washingtoner Botschafterkonferenz chauvinistische Sprüche im Sinne der westdeutschen Revanchepolitiker geklopft.

Wir sind die entschiedensten Vorkämpfer der Einheit der friedliebenden deutschen Nation. Und wir sind sicher, daß ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland dereinst Wirklichkeit werden wird.

Aber wie ist das eigentlich, Ihr Herren der USA, Großbritanniens und Belgiens? Waren Sie und waren auch Ihre Völker eigentlich so glücklich daran mit dem einheitlichen imperialistischen Deutschland?

Waren Ihre Völker so glücklich daran, als es ein einheitliches deutsches Kaiserreich gab? Haben die Franzosen vergessen, wie ein Bismarck Elsaß-Lothringen raubte und auf dem Rücken der Niederlage des französischen Volkes nach dem Kriege von 1870/71 das einheitliche Deutsche Reich aus der Taufe hob?

War dieses einheitliche Deutsche Reich so friedlich, wie man heute annehmen müßte, wenn man Ihre Sprüche hört?

Wie war denn das mit dem ersten Weltkrieg? Er brach doch nicht etwa deshalb aus, weil Deutschland gespalten war? Nein! Er brach aus, weil die deutschen Imperialisten sich einbildeten, zuerst die Vorherrschaft in Europa und dann die Weltherrschaft mit militärischen Mitteln erobern zu können.

Oder war Europa so friedlich zu jener Zeit, als Hitler im Auftrage der

deutschen Imperialisten regierte? Er hatte doch ein einheitliches Deutschland. Er hatte ihm sogar noch Österreich und auch noch die Tschechoslowakei und große Teile Polens angegliedert. Und dieses „Großdeutsche Reich“ fiel schließlich über alle seine Nachbarn her. Die deutschen Imperialisten zerstückelten zahlreiche Staaten und Völker.

Ausgangspunkt einer Politik der friedlichen Koexistenz in Europa muß in jedem Falle die Achtung des Status quo, das heißt, die Achtung und Anerkennung der im Ergebnis und als Folge des zweiten Weltkrieges in Europa entstandenen historischen Tatsachen sein.

Das hat nicht etwa die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands zum Inhalt. Ganz im Gegenteil. Die Anerkennung der historischen Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten und eines besonderen Territoriums Westberlin und die Achtung des Status quo sind Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung, die ja nur auf dem Wege der Annäherung und Verständigung der deutschen Staaten — nach Vollendung des Werkes der Befreiung auch in Westdeutschland — und unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der Nachbarn Deutschlands erfolgen kann.

Die friedliche Koexistenz, die Achtung des Status quo und die Verständigung der deutschen Staaten sind also Voraussetzung für eine friedliche Lösung der deutschen Frage wie für die Stabilisierung des Friedens durch Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Durch die friedliche Koexistenz und die Achtung des Status quo wird zudem die Zeit gewonnen, die für die Vorbereitung von Abrüstung und Friedensvertrag notwendig ist.

Deutschland-Initiative für Frieden, Menschlichkeit und Glück der Nation

Alle friedfertigen Deutschen in Ost und West sind aufgerufen, sich in einer Deutschland-Initiative zu vereinen, die das Werk der vor 20 Jahren begonnenen Befreiung vollendet, die Giftschwaden des wahnwitzigen Wettrennens und der Atomminen in Westdeutschland vertreibt, die ein für allemal die Hitlergenerale und anderen Militaristen in der Bonner Regierung

von der Verfügungsgewalt über Atomwaffen fernhält und so den Weg frei macht für die Verständigung über die Sicherung des Friedens.

Die Befreiung auch der deutschen Nation von der barbarischen Hitlerherrschaft der deutschen Imperialisten vor 20 Jahren konnte nur ein Anfang, der Start zu einem Neubeginn sein. **Der Prozeß der Befreiung mußte wei-**

tergeführt und vollendet werden durch eine geistige, durch eine moralisch-politische Wiedergeburt der deutschen Nation.

Nun ist zweifellos in der Deutschen Demokratischen Republik das Werk der Befreiung einschließlich der Schaffung der geistigen Grundlagen einer moralisch-politischen Wiedergeburt der deutschen Nation konsequent zu Ende geführt worden. In Westdeutschland aber, im Besatzungsbereich der imperialistischen Westmächte, ist der Prozeß der Befreiung in den Anfängen steckengeblieben. An Stelle seiner Fortführung erfolgte die Remilitarisierung und teilweise sogar schon wieder eine Refaschisierung.

In Westdeutschland muß also noch viel nachgeholt werden. Hier steht die

Befreiung noch aus. Hier gilt es, das Gewissen des Volkes wachzurütteln. Hier muß noch viel getan werden, ehe auch dieser den Lebensinteressen der Nation entfremdete Teil Deutschlands den grundlegenden Anforderungen der Potsdamer Vereinbarungen der Antihitlerkoalition entspricht, ehe auch hier die vor 20 Jahren begonnene Befreiung bis zur Schaffung der Grundlagen einer moralisch-politischen Wiedergeburt der deutschen Nation zu Ende geführt ist.

Weshalb ist es so wichtig, daß die Befreiung des deutschen Volkes von Militarismus, von den Verantwortlichen für die Verbrechen Hitlerdeutschlands gegen Frieden und Menschlichkeit, vom Geist des Faschismus und Neofaschismus auch in Westdeutschland zu Ende geführt wird?

Niemals die Frage der Macht vergessen

Auch in der westdeutschen Bundesrepublik wächst die Überzeugung, daß die Werktätigen Träger der wirtschaftlichen Macht und der politischen Macht werden müssen. Denn nur das vermag dem Volk Freiheit und Gleichberechtigung und zugleich die Mitbestimmung über die Lebensfrage zu sichern.

Der westdeutsche Gewerkschaftsbund mußte zur Lage in Westdeutschland feststellen:

„Besitz und Macht vererben sich immer noch. Wer nicht zu den oberen Zehntausend gehört, hat kaum eine Chance, in die Kommandozentrale eines Unternehmens aufzurücken. Die Belegschaften sind den Entscheidungen der Vorstände und Geschäftsführer der großen Kapitalgesellschaften unterworfen.“

Kann denn die große westdeutsche Arbeiterklasse solche Zustände dulden? Ist das nicht eine unwürdige Lage? Haben nicht die Erfahrungen der Deutschen Demokratischen Republik tausendfältig erwiesen, daß die Arbeiterklasse genügend fähige und tüchtige Menschen hervorbringt, die nicht nur in den Kommandozentralen der Industrie- und Bankbetriebe, sondern auch in den Kommandozentralen des Staates und der Verwaltung ihren Mann stehen. Ist es nicht eine Schande, daß sich die westdeutschen Werk-täti-

gen in ihrem eigenen Lande und in den von ihnen errichteten Betrieben so von der Macht ausschalten lassen? Wäre es nicht auch in Westdeutschland der Menschenwürde der Wissenschaftler, Organisatoren und Ingenieure angemessener, ihre Kraft und ihre großen Fähigkeiten dem ganzen Volk zur Verfügung zu stellen, anstatt für die Bereicherung einer Handvoll Multimillionäre und ihres Anhangs zu arbeiten?

Was hat über das Schicksal der älteren Generation unseres Volkes entschieden? Etwa die Höhe des Durchschnittslohnes oder die Regelung der Arbeitszeit im Jahre 1938? Gewiß sind Löhne und Arbeitszeit und Urlaub unerhört wichtige Dinge. Aber darf man darüber die **Frage der Macht** vergessen?

War die Höhe des Durchschnittslohnes im Jahre 1938 ausschlaggebend oder die Tatsache, daß die Imperialisten und Militaristen in Deutschland an der Macht waren? War die Lohnhöhe maßgeblich oder die Kriegspolitik und Terrorpolitik des deutschen Imperialismus? Waren einige Pfennige oder Mark mehr Lohn ein Schutz vor dem Krieg, vor dem Massengrab und der Zerstörung der Städte und Dörfer und der Spaltung Deutschlands? Waren sie die Gewähr für ein friedliches Leben in Sicherheit? — Nein! Offensichtlich reicht es nicht aus, wenn

sich die Werktätigen und ihre Organisationen nur um die materielle Wohlfahrt kümmern.

Es wäre unverantwortlich und leichtfertig, wenn sich die westdeutschen

Werktätigen mit Zugeständnissen der Monopolherren in der Hochkonjunktur das heilige Recht abkaufen ließen, selbst Träger der wirtschaftlichen und politischen Macht zu sein!

Fragen an die westdeutschen Werktätigen

Zunächst möchte ich die westdeutschen Werktätigen, besonders aber die sozialdemokratischen Arbeiter, die Gewerkschafter und die christlichen Werktätigen, fragen:

Gibt es auch nur einen unter Euch, der an den Vorbereitungen der Millionäre und ihrer Militaristen für einen Atomkrieg interessiert ist? Gibt es auch nur einen unter Euch, der nicht an Abrüstung und Frieden interessiert ist?

Gibt es auch nur einen unter Euch, der daran interessiert ist, daß die Macht der westdeutschen Millionäre über die Millionen werktätiger Westdeutscher durch Eroberung der DDR verstärkt wird? Würde nicht durch einen solchen Machtzuwachs die Eroberungs- und Bereicherungssucht der westdeutschen Millionäre ins Ungemessene wachsen? Und wer müßte dann wieder die Zechen bezahlen, wenn es ernst wird? Diese Eroberungspolitik bedeutet Krieg. Es wird doch wohl niemand annehmen, daß die Werktätigen der DDR, Polens und der CSSR sich das Joch der westdeutschen Millionäre auferlegen lassen?

Liegt es nicht vielmehr im Interesse der Werktätigen Westdeutschlands wie im Interesse des Friedens, die in der Deutschen Demokratischen Republik erreichten gesellschaftlichen, demokratischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften Schritt um Schritt auch in der westdeutschen Bundesrepublik einzuführen? Liegt es nicht im Interesse der Werktätigen Westdeutschlands, mit uns freundschaftlich zusammenzuarbeiten und auf wirtschaftlichem Gebiete die fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erfahrungen auszutauschen?

Liegt es nicht im Interesse der Werktätigen Westdeutschlands, endlich das Bildungsmonopol der herrschenden Klassen zu beseitigen und der jungen Generation der Werktätigen den gleichen Bildungsstand zu ermöglichen, wie er in der Deutschen Demokrati-

schen Republik gesetzlich gesichert und Selbstverständlichkeit ist? Gehört das nicht auch zu den Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung Deutschlands?

Liegt es nicht im Interesse der Werktätigen Westdeutschlands, endlich die Rechte der Frauen, die Rechte der Jugendlichen, die Grundrechte der jungen Generation durchzusetzen und gesetzlich zu verankern, so wie es in der DDR längst der Fall ist? Auch die Beseitigung der empörenden Ungleichheit der werktätigen Frauen und der Benachteiligung der Jugendlichen wird dazu beitragen, die demokratische Entwicklung in Westdeutschland zu fördern und eine Quelle unrechtmäßiger Superprofite für die westdeutschen Multimillionäre zu verstopfen.

Wir sagen es offen: Wir wünschen, daß in Westdeutschland auf demokratischem Wege endlich Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen werden.

Wir sind sehr dafür, daß die westdeutschen Werktätigen, die heute auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mitbestimmen dürfen, die in der Führung der Volkswirtschaft nichts zu sagen haben, endlich das ihnen zukommende Maß an Mitbestimmung durchsetzen.

Es dürfte sich bereits herumgesprochen haben, daß wir in Vorbereitung der Wiedervereinigung die rund 120 Milliarden Mark, die Westdeutschland der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern schuldet, aufrechnen werden. Wir sind bereit, sobald in Westdeutschland die entsprechenden politischen Voraussetzungen geschaffen sind, einen Teil dieser Summe den westdeutschen Gewerkschaften treuhänderisch zum Zwecke der Gewinnung des entscheidenden Einflusses in westdeutschen Konzerngesellschaften zu überlassen.

Außerdem sollten es die westdeutschen Gewerkschaften als Vertreter und Treuhänder aller westdeutschen Werktätigen endlich durchsetzen, daß

ständig ein angemessener Anteil der von der Industrie erzielten Reingewinne statt in die Taschen der Millionäre in einen Sonderfonds der Gewerkschaften fließt, dessen Mittel für den treuhänderischen Erwerb von Kapitalbeteiligungen bestimmt sind. Das würde — zusammengekommen — entscheidend dazu beitragen, nicht nur das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, sondern auch das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften bei der Führung und Lenkung der Volkswirtschaft zu sichern.

Das wird auch ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung einer demokratischen Entwicklung in Westdeutschland und einer friedlichen Außenpolitik des westdeutschen Staates sein.

Die schwere Lage der westdeutschen Bauern, die von den Banken, Chemie-Konzernen und Landmaschinen-Millionären in steigende Verschuldung gestürzt worden sind, bedarf dringend grundlegender demokratischer Maßnahmen. Die Lebensinteressen der Bauern wie auch die Interessen des Friedens, der Sicherheit und der Demokratie erfordern die Durchführung der bisher von den imperialistischen Westmächten im Komplott mit den westdeutschen Fürsten und Junkern verhinderten Bodenreform. Die gesetzliche Herabsetzung der Zinsen für bäuerliche Schulden auf höchstens zwei Prozent erscheint als Sofortmaßnahme geeignet, den drückenden Schuldendienst der Bauern zu vermindern und ihnen etwas Luft zu verschaffen.

Mit Recht wollen die westdeutschen Werktätigen nicht mehr dulden, daß

sich die Regierung in Bonn willkürlich über die Rechte des Parlaments hinwegsetzt. Sie wollen nicht mehr dulden, daß die Regierung in Bonn Geheimabkommen über Kriegsrüstung und Rüstungsgeschenke an fremde Staaten abschließt und dazu die Versuche forciert, mit Hilfe einer jegliche Demokratie ausschaltenden Notstandsgesetzgebung die Grundrechte der Bürger und der von ihnen gewählten Abgeordneten außer Kurs zu setzen.

Die westdeutschen Werktätigen sollten erkennen, daß sie die ihnen zukommende Stellung in der Gesellschaft, im Staat und in der Wirtschaft erst dann gegen die immer frecheren Diktaturansprüche der Millionäre werden durchsetzen können, wenn sie die seit 20 Jahren fällige und in dem Potsdamer Abkommen verbindlich festgelegte Demokratisierung der staatlichen Verwaltung erzwingen.

Das heißt: Die westdeutschen Werktätigen mögen — ohne weitere Verzögerung — das nachholen, was die Weimarer Republik versäumte — und was entscheidend zu deren Untergang beitrug — und was auch bis heute in der westdeutschen Bundesrepublik versäumt worden ist. Es geht um die durchgreifende Säuberung der staatlichen Verwaltung von Kriegsverbrechern, nazistischen, militaristischen und anderen reaktionären Elementen, von Feinden der Demokratie. Es geht um die demokratische Erneuerung des Staates und aller seiner Organe. Ohne diese demokratische Erneuerung des Staates werden die westdeutschen Werktätigen nicht ihre Rechte durchsetzen können.

Ohne die „kleinen Leute“ sind die Millionäre machtlos

Es gibt heute viele westdeutsche Bürger — unter ihnen nicht wenige Gewerkschafter —, die meinen, das alles sei richtig und wünschenswert. Sie sähen durchaus die Notwendigkeit, eine Gesundung des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Westdeutschland durchzusetzen. Sie sähen durchaus die Notwendigkeit für eine demokratische Erneuerung des Staates und eine neue Politik mit neuen demokratischen Politikern. Aber, so meinen sie, was können die kleinen Leute schon tun.

Bei den diesjährigen Ostermärschen sahen wir eine solche gute und richtige Lösung: „Ohne kleine Leute gibt es keinen großen Krieg!“

In der Tat: „Die kleinen Leute“ können auch in Westdeutschland in Wirklichkeit die entscheidende Macht sein. Sie haben die große Mehrheit. Nur sind sich noch längst nicht alle dessen bewußt. Nur verstehen sie zumeist noch nicht, diese ihre entscheidende Macht zu organisieren und die bereits vorhandenen starken Organisationen der „kleinen Leute“ für ihre und der Nation Lebensinteressen einzusetzen.

In der Tat: Ohne die „kleinen Leute“ sind die Millionäre und Militaristen machtlos, sind die Millionäre morgen keine Millionäre mehr und die Militaristen morgen ohne Macht und Anhang.

Die „kleinen Leute“ — wenn sie nur zusammenstehen und gemeinsam handeln — können die Vollendung der vor 20 Jahren eingeleiteten Befreiung auch in Westdeutschland erzwingen, ebenso wie Demokratie und die Erneuerung des öffentlichen Lebens. Sie können den Rüstungswettlauf, der ja doch auf ihre Kosten geht, stoppen. Sie können den unheilvollen Marsch der westdeutschen Machthaber in einen Atomkrieg verhindern. Sie können sich eine demokratische Regierung des werktätigen Volkes mit einer friedlichen Politik schaffen.

Die Durchsetzung der Lebensrechte, die Zusammenfassung der großen Kraft der Millionen „kleiner Leute“ gegen die freche Anmaßung und Macht der Handvoll Millionäre und ihres Anhangs erfordern große Anstrengungen und auch Opfer. Aber die Opfer, die heute für Frieden und Menschlichkeit gebracht werden, können unser Volk vor dem Atomkrieg und der Unmenschlichkeit von morgen bewahren. Die Anstrengungen und die Opfer der Millionen „kleiner Leute“ werden schließlich auch dazu führen, daß die Millionen die Macht der Millionäre überwinden, daß Frieden und Sicherheit und Demokratie und schließlich auch die Einheit für unser Volk gesichert werden.

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und die Kämpfer für den Frieden und die Freunde des Friedens in Westdeutschland haben — so meine ich — einen Weg und ein gemeinsames nächstes Ziel. Es heißt: Sicherung des Friedens für unser Volk und für Europa. Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen.

Die Deutsche Demokratische Republik allein kann die Erreichung dieses Zieles nicht garantieren. Ihr, westdeutsche Friedensfreunde, könnt es allein auch nicht schaffen. Aber wenn wir zusammengehen und zusammenhalten, dann schaffen wir es in gemeinsamer Anstrengung bestimmt.

Die Gemeinschaft der Friedenskräfte der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands ist imstande, unserem Volk den Frieden zu sichern.

Und wenn wir erst dieses eine Ziel erreicht haben, dann können wir auch hoffen, gemeinsam den Weg zu einem friedliebenden, demokratischen und einheitlichen Deutschland zu finden.

Die Entscheidung über den Weg, den Westdeutschland gehen wird, können nur die Westdeutschen selbst fällen. Nur sie selbst können auch die Entscheidung in Westdeutschland verwirklichen. Aber was wir ihnen dabei durch Vermittlung unserer Erfahrungen und Erkenntnisse helfen können, soll geschehen. Sie können sich immer und in jeder Situation auf die brüderliche Hilfe der Deutschen Demokratischen Republik verlassen. So wie auch wir wünschten, uns auf die Solidarität der westdeutschen Werktätigen verlassen zu können.

Aber die Vollendung der so dringend notwendigen Befreiung Westdeutschlands von Militarismus und Imperialismus, Nazismus und Neonazismus kann nur das Werk der Westdeutschen selbst sein.

An der Schwelle des dritten Nachkriegsjahrzehnts wenden wir uns an alle Deutschen wie auch an die Völker und Regierungen der Antihitlerkoalition:

Helft uns bei der Verwirklichung der Deutschland-Initiative für Frieden, Menschlichkeit und das Glück der Nation!

Widerstand gegen die Atomrüstung ist das erste Gebot einer deutschen Politik. Niemals darf von der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgehen! Niemals darf Bruderkrieg zwischen den Deutschen sein.

Jede Politik der Wiedervereinigung muß damit beginnen, den Kurs in der Bundesrepublik zu ändern und an die Stelle der verfahrenen Politik der Eroberung einen neuen Kurs der Entspannung, der Abrüstung und der Verhandlungen mit der DDR zu setzen.

(Aus dem Wahlprogramm der KPD.)

Das Potsdamer Abkommen — zwanzig Jahre danach

VON HOLGER MEHNERT

Am 2. August 1945 wurde mit dem Potsdamer Abkommen ein Dokument von großer historischer Bedeutung für die Völker der Welt und für unser deutsches Volk rechtskräftig. Es ist unterzeichnet von den Staaten der Antihitlerkoalition, vertreten durch die drei Großmächte Sowjetunion, USA und England, und trägt die Unterschriften von J. W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, Harry S. Truman, Präsident der USA, C. R. Attlee, Premierminister von Großbritannien. Seitdem sind 20 Jahre vergangen. Ist dieses Abkommen noch heute aktuell? Lohnt es sich überhaupt, noch ein Wort darüber zu verlieren? Um es vorweg zu sagen: Es lohnt sich, ja es ist geradezu notwendig.

Im Kampf gegen den Hitlerfaschismus haben die Völker millionenfache Opfer an Menschen sowie an geistigen und materiellen Gütern gebracht. Mehr als 70 Staaten der Erde waren in das Inferno des zweiten Weltkrieges verwickelt. Der deutsche Faschismus

wurde dort geschlagen, wo er seinen Raubzug begann, und es stimmt überein mit den Gesetzmäßigkeiten der internationalen Entwicklung, daß das erste sozialistische Land der Welt, die Sowjetunion, den entscheidenden Beitrag zur Rettung der Völker Europas vor der faschistischen Barbarei leistete. An ihrer Seite standen auch die besten Söhne und Töchter des deutschen Volkes, die am Widerstandskampf aktiv teilnahmen. Die Völker der Antihitlerkoalition, die Leid, Not und Tod auf sich nahmen — sie haben das Potsdamer Abkommen geschrieben.

Diese Völker haben deshalb ein Recht darauf, zu fragen, was aus den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in Deutschland geworden ist, wie ihr Wille erfüllt wurde. Es liegt auch im Interesse des deutschen Volkes, diese Frage zu stellen und Antwort zu erhalten. War es doch der Hitlerfaschismus, der den deutschen Namen in der ganzen Welt geschändet hatte.

Prinzipien für ein demokratisches und friedliches Leben

Im Potsdamer Abkommen sind die Prinzipien festgelegt, deren Verwirklichung dazu angetan sind, Deutschland wieder zu einem geehrten Glied der großen Völkerfamilie werden zu lassen. Unserem Volk wurde damit eine demokratische und friedliche Perspektive gegeben. Ausdrücklich wurde festgelegt:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von Neuem wieder aufzubauen.“

Als Aufgabe wurde die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung gestellt sowie die „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Kartelle, Syndikate und anderen Monopolvereinigungen“. Das sind völkerrechtliche Festlegungen, um das Übel an der Wurzel zu

packen und die Kräfte ökonomisch und politisch zu entmachten, die von Deutschland aus zwei verheerende Weltkriege auslösten. Die große Chance des Abkommens bestand darin, Deutschland aus einem Aggressionsherd, der er in der Vergangenheit war, in einen Hort des Friedens umzuwandeln. Das stimmt zugleich überein mit den Lehren der deutschen Geschichte, deren Verwirklichung unmittelbar nach 1945 von den demokratischen Kräften in Angriff genommen wurde. Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 waren bereits die Aufgaben enthalten, die auch die Grundlinie des Potsdamer Abkommens bestimmten.

Gesetze zur Entmachtung der Monopole und Durchführung demokratischer Reformen wurden auf Druck der demokratischen Kräfte in den Ländern verschiedener Besatzungszonen beschlossen. Die Bevölkerung Hessens stimmte ebenso wie die Bevölkerung Sachsens für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher

und die Überführung der Monopolbetriebe in Volkseigentum. Das war der erklärte Wille des deutschen Volkes, und er stimmte überein mit dem

Vertrag der Siegermächte. Dieser Wille wurde aber nur auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone erfüllt.

Warum wurde das Abkommen gebrochen?

Eine solche Entwicklung widersprach den Interessen der herrschenden Kreise der westlichen Besatzungsmächte. Als die Tinte der Unterschriften noch gar nicht ganz trocken war, wurde deshalb von ihnen das Potsdamer Abkommen bereits gebrochen. Bei den herrschenden Klassen dieser Länder war der Haß gegen das sozialistische Land, mit dem sie sich in der Antihitlerkoalition verbündeten, größer als gegen die deutschen Imperialisten, gegen die sie in den Krieg gezogen waren.

Schon bald nach dem zweiten Weltkrieg bahnte sich in den USA eine Abkehr von der unter Präsident Roosevelt durchgeführten Politik der Antihitlerkoalition und ein Hinwenden zur Politik des kalten Krieges an, deren exponiertester Vertreter John Foster Dulles war. Die Imperialisten der Westmächte, besonders die der USA, spalteten die deutsche Nation mit dem Ziel, Westdeutschland als Speerspitze gegen das sozialistische Lager zu nutzen. Das kam den Interessen der deutschen Großbourgeoisie entgegen. Sie ging mit dem USA-Imperialismus ein Komplott ein, spaltete mit seiner Hilfe die drei Westzonen vom deutschen Nationalverband ab und errichtete hier wieder ihre Herrschaft. Und das war das Ergebnis ihrer Politik:

Durch die Bildung der Bi- und Trizone wurde die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die ausdrücklich im Potsdamer Abkommen festgelegt war, zerstört;

durch eine separate Währung, eine westdeutsche Verfassung und die schließliche Bildung der Bundesrepublik wurde Deutschland gespalten;

mit den Pariser Verträgen und der Eingliederung in die NATO wurde Westdeutschland schließlich aus dem deutschen Nationalverband völlig herausgerissen.

Vergleicht man diese Entwicklung mit dem, was die CDU und auch die SPD in den ersten Nachkriegsjahren in ihren Programmen forderten, so

zeigt sich ein tiefer Widerspruch. Offensichtlich mußte die Bourgeoisie nach 1945 dem völlig veränderten Kräfteverhältnis zunächst Rechnung tragen. Es ist deshalb interessant, heute in Protokollen oder Broschüren aus jener Zeit zu blättern.

Im Ahlener Programm der CDU vom Februar 1947 heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ In diesem Programm wird die Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen gefordert.

Auch die SPD erklärte auf ihrem Parteitag 1946 in Hannover, daß die Zeit der Monopole vorbei sei und sprach von der Verwirklichung des Sozialismus als Tagesaufgabe. In einer Broschüre des heutigen stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Fritz Erler aus dem Jahre 1947 kann man lesen: „Heute geht eine geschäftige Propaganda um, es gäbe Zerwürfnisse zwischen den Alliierten, Krieg drohe zwischen Amerika und Rußland. Und dabei würden wir natürlich an die Seite des Westens gehören. Daß Euch der Teufel! Haben wir noch nicht genug Not und Elend im zweiten Weltkrieg erlebt, daß Ihr leichtfertig mit dem dritten spielen wollt?“ Und er erklärt weiter: „Unser Volk würde völlig untergehen, wenn jene Ansichten richtig wären. Hier würde sich der Krieg abspielen, wir würden ausgelöscht werden im Feuer der Bomben und Granaten! Vielleicht brächte der Krieg sogar das Ende der Menschheit überhaupt. Wir kämpfen nicht nur für die Menschheit, sondern für das nackte Leben unseres Volkes, wenn wir sagen: Heraus aus jedem Block!“

Wieweit ist doch Fritz Erler heute von diesen richtigen Erkenntnissen entfernt! Die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre täten gut daran, Erler nachdrücklich an seine Worte zu erinnern.

Heute, nach 20 Jahren, scheint es diesen Leuten angebracht, offen darüber zu reden, was sie damals bewogen hat, das kapitalistische System zu verurteilen und nach einer neuen demokratischen Ordnung zu rufen. Der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, erklärte zum Beispiel in einer Fernsehdiskussion: „Das Ahlener Programm war das beste Mittel, den Sozialismus zu verhindern.“ Das Ergebnis dieses großen Volksbetruges ist bekannt. Bundeskanzler Erhard umschreibt das in seiner Rede am 8. Mai dieses Jahres mit den Worten: „Doch dann widerfuhr uns die Gnade, daß wir noch einmal die Kraft fanden, von Neuem zu beginnen, daß wir uns aus Schutt und Trümmern eine neue Welt bauen konnten.“

Eine Grundlage für ein neues Deutschland

Aber die Ideen des Potsdamer Abkommens waren nie tot. Sie lebten in den großen Bewegungen unserer Bevölkerung gegen die Remilitarisierung und die Pariser Verträge, im Metallarbeiterstreik von Baden-Württemberg und in vielen anderen Kämpfen. Sie leben heute in den immer stärker anwachsenden Aktionen gegen die atomare Aufrüstung und die Notstandsgesetzgebung. Die Ideen des Potsdamer Abkommens sind erfüllt im anderen Teil Deutschlands — der Deutschen Demokratischen Republik. Dort und nicht hier bei uns wurden die im Ahlener Programm der CDU enthaltenen fortschrittlichen Prinzipien sowie der Beschluß des Hannoverischen Parteitag der SPD von 1946 verwirklicht. Dort haben Kommunisten und Sozialdemokraten ihre Kräfte vereinigt und so die Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratisch gesinnten Menschen geschaffen, durch deren einheitliches Handeln Wort und Geist des Potsdamer Abkommens verwirklicht wurde. Dabei hatte freilich die Bevölkerung der DDR den Vorteil, als Besatzungsmacht die Sowjetunion, einen sozialistischen Staat, zu haben. Sie verhinderte nicht den demokratischen Neuaufbau wie es die imperialistischen Besatzungsmächte bei uns taten, sondern förderte ihn entspre-

Ja, sie begannen. Und wie sie begannen! So, daß im Ergebnis die Bundesrepublik heute als größte Militärmacht Westeuropas dasteht; daß die Bundesregierung die einzige Regierung in ganz Europa ist, die eine Revision der Grenzen fordert. Heute erklärt Strauß öffentlich, daß der zweite Weltkrieg noch nicht beendet ist. Trettners hat den Plan, an der Grenze zum anderen deutschen Staat, zur DDR, Atomminen zu legen. Im Innern schließlich sollen Notstandsgesetze Friedhofsruhe schaffen, um die Aggression nach außen zu sichern. Das ist aus der „Gnade des Beginns“ herausgekommen. So wurde die Durchführung des Potsdamer Abkommens von den herrschenden Kreisen verhindert.

chend den völkerrechtlichen Festlegungen des Potsdamer Abkommens.

In Gestalt der DDR entstand der Staat, von dem heute in Deutschland der Friede ausgeht und der in zunehmendem Maße internationales Ansehen erwirbt. Und wenn der deutsche Name heute in der Welt wieder Achtung genießt, so dank der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik. In Übereinstimmung mit den Festlegungen des Potsdamer Abkommens und dem Willen des Volkes wurde dort den Kräften der Großbourgeoisie und des Militarismus, die Deutschland zweimal in diesem Jahrhundert zum Ausgangspunkt verheerender Weltkriege machten, für immer der Boden entzogen. Dort wurden nicht nur die politischen Erscheinungen von Imperialismus und Militarismus, sondern auch die ökonomischen und sozialen Wurzeln beseitigt.

In der Bundesrepublik dagegen bestand bei den herrschenden Kreisen nie die Absicht, ernsthaft die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu erfüllen. So erklärte Adenauer 1953 im Bundestag: „Ich bin sehr glücklich darüber, daß zwischen den Parteien des Bundestages Einmütigkeit besteht, daß der Inhalt des Potsdamer Abkommens aufs schärfste abgelehnt werden muß.“

Aber dieselben Leute, die das Potsdamer Abkommen mit Füßen treten,

es als „Super-Versailles“ verketzerten, scheuen sich nicht, einzelne Festlegungen daraus im Interesse ihrer Revanchepolitik zu verfälschen, wie das vor allem in bezug auf die Oder-Neiße-Grenze geschieht. Im Potsdamer Abkommen wurde der genaue Grenzverlauf festgelegt und der Beschluß über die Umsiedlung von sieben Millionen Menschen gefaßt. Diese Tatsachen sollten im Friedensvertrag mit Deutschland ihren Niederschlag finden. Damals konnte nicht voraus-

gesehen werden, daß durch die Schuld der Westmächte ein deutscher Friedensvertrag noch 20 Jahre später auf sich warten läßt. Diese Grenze ist endgültig, und auch das lauteste Geschrei gerade derjenigen, die durch ihre verbrecherische Politik die Ostgebiete verspielt, wird nichts daran ändern. Frankreichs Präsident de Gaulle ist da realistischer und erkennt die Oder-Neiße-Grenze bereits seit langem als endgültige Grenze Polens an.

Von den Tatsachen ausgehen

Überhaupt ist es heute notwendiger denn je, von den Realitäten auszugehen und den Tatsachen Rechnung zu tragen. Angesichts der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bilden die Politik der friedlichen Koexistenz, die Achtung des Status quo und die Verständigung der beiden deutschen Staaten die Voraussetzung für eine friedliche Lösung der deutschen Frage und die Stabilisierung des Friedens durch Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten.

Die Erhard-Regierung versucht, unter dem Vorwand der „Viermächteverantwortung für Deutschland“, jeder realistischen, selbständigen Deutschlandpolitik aus dem Wege zu gehen. Mit dem Bruch des Potsdamer Abkommens und der Wiederherstellung der Macht der Monopole haben die imperialistischen Kreise praktisch den Viermächte-Status aufgehoben. Geblieben ist, daß die westlichen Unterzeichnermächte endlich ihrer Verantwortung gerecht werden, die sie „für die Verwirklichung der Forderungen und Verpflichtungen auf dem Territorium der Bundesrepublik tragen, die die Regierungen der vier Mächte gemeinsam im Potsdamer und in anderen internationalen Abkommen zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und zur Verhinderung einer deutschen Aggression

übernommen haben.“¹⁾ Die Wiedervereinigung ist einzig und allein Sache der Deutschen selbst.

Kommen wir zurück zu der Frage: „Ist das Potsdamer Abkommen heute noch aktuell?“ Ja, es ist von größter Aktualität. Sie besteht darin, daß die Prinzipien dieses Abkommens — entsprechend der heutigen Situation — in der Bundesrepublik durchgesetzt werden müssen, denn sie stimmen überein mit den Notwendigkeiten einer deutschen Friedensregelung von heute. Nur so kommen wir auch auf dem Weg der friedlichen Wiedervereinigung vorwärts. Das Wichtigste dabei ist — und das steht deshalb auch im Mittelpunkt unseres Wahlprogramms —, alles zu tun, damit vom Boden der Bundesrepublik kein neuer Krieg ausgehen kann.

Das Jahr der 20. Wiederkehr des Potsdamer Abkommens darf in der Bundesrepublik nicht zum Jahr der Verabschiedung der Notstandsgesetze werden! Gerade gegenwärtig müssen deshalb alle demokratischen und nationalgesinnten Kräfte zusammenstehen, um die Notstandsgesetze endgültig zu verhindern, mit denen Kriegerrecht schon für Friedenszeiten geschaffen werden soll. Notstandsgesetze sind unvereinbar mit dem Potsdamer Abkommen, das die Demokratie zum ersten Prinzip jeder deutschen Staatsgewalt erhebt.

Am 20. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus kam aus der DDR, dem deutschen Staat, wo das Potsdamer Abkommen verwirklicht

wurde, eine neue Deutschland-Initiative. In einem „Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt“ wird die Bilanz zweier Nachkriegsjahrzehnte gezogen und der Weg für das dritte

¹⁾ Aus dem Artikel 2 des Vertrages zwischen der DDR und der UdSSR vom 12. 6. 1964.

Jahrzehnt gewiesen. Es ist eine wahrhaft nationale Politik der Verantwortung, wenn Walter Ulbricht alle Tiraden des Hasses der unverbesserlichen Revanchepolitiker der Bundesrepublik mit dem Vorschlag der Verbrüderung und der gemeinsamen nationalen Mission der DDR und der Friedenskräfte der Bundesrepublik beantwortet. Auf die Frage, welche Vorschläge eine Deutschland-Initiative enthalten könnte, antwortete Walter Ulbricht auf dem 9. Plenum des ZK der SED:

- „Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung und auf jedwede Beteiligung an Atomrüstungen;
- Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa;
- Herstellung normaler Beziehungen mit der Regierung der DDR;
- Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa;
- Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedsstaaten der

NATO und des Warschauer Vertrages;

- Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges;
- Maßnahmen zur Erweiterung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten.“

Nur eine solche Deutschland-Initiative würde den Interessen unseres Volkes dienen und den Weg für eine Verständigung und die Sicherung des Friedens freimachen. Auf der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Berlin, der Hauptstadt der DDR, erklärte Genosse Max Reimann: „So wird auch in der Bundesrepublik der Tag der demokratischen Wiedergeburt kommen, so daß ganz Deutschland, die ganze deutsche Nation als eine Kraft des Friedens und der Freiheit, des Humanismus und der Völkerfreundschaft ersteht.“

Selbstbestimmung! — Aber wie?

VON OTTO STEIN

Selbstbestimmungsrecht ist wohl eines der beliebtesten Schlagworte Bonner Politik. Kein Wochenende vergeht ohne daß es gefordert wird. CDU/CSU, FDP, SPD-Führung und „Landmannschaften“ strapazieren es gleichermaßen, ja versuchen sich zu übertrumpfen. Doch was verstehen sie darunter? Wissenschaftlich ist unter Selbstbestimmung zweierlei zu verstehen: Einerseits das Recht des Volkes, über alle seine Angelegenheiten selbst zu bestimmen, seine innere Ordnung selbst zu gestalten, also das demokratische Prinzip der Volkssouveränität. Andererseits das Recht auf nationale Selbstbestimmung, auf staatliche Selbständigkeit und Souveränität anderen Nationen und Staaten gegenüber. Welche Selbstbestimmung meinen denn die in Bonn Tonangebenden? Meinen sie, unser Volk solle selbst bestimmen, wie die Regierungspolitik aussehen soll? Keineswegs. Alle Volksbefragungen über die entscheidenden Fragen deutscher Politik, über die Remilitarisierung, über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, über einen Friedensvertrag, über Atomrüstung wurden von der

Bundesregierung verboten und unterdrückt. Die KPD und andere demokratische Organisationen werden verfolgt. Die Notstandsgesetze schließlich dienen dem Zweck, das Volk vollends von der Einflußnahme auf die Politik auszuschalten.

Oder meinen die Bundestagsparteien mit Selbstbestimmung die Befreiung von jeder ausländischen Einmischung in deutsche Angelegenheiten? Offenbar auch das nicht. Statt volle Souveränität und Handlungsfreiheit für die Bundesrepublik zu fordern beschwören sie ständig die „Vier-Mächte-Verantwortung“ für Deutschland. Nein, wenn die Bonner Politiker von Selbstbestimmung schwätzen, dann meinen sie damit — sie sagen das oft mehr als deutlich — die Expansion nach dem Osten, die Liquidierung der DDR, die Wiederherstellung der Grenzen von 1937, ja sogar wie Seebohm und andere die „Rückgewinnung der Sudetengebiete“, die „Neuordnung Europas“. Das steckt dahinter, wenn in der Düsseldorfer Erklärung des CDU-Parteitags das „Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk“ verlangt wird. Das steckt hinter

der Erklärung Barzels, die CDU denke nicht daran, sich mit den von den Kommunisten in Mitteleuropa geschaffenen Tatsachen abzufinden. Diesem Ziel dienen Aufrüstung und Notstandsgesetze. Deshalb wird Verfügungsgewalt über Atomwaffen verlangt. Deshalb wird die Existenz der DDR nicht anerkannt, werden Verhandlungen mit ihr abgelehnt, werden die Westmächte aufgefordert, die Politik der Stärke gegen den Osten mitzumachen.

Diese Politik verfolgt das Ziel, das Selbstbestimmungsrecht von 17 Millionen Deutschen, die sich ihre eigene gesellschaftliche und staatliche Ordnung geschaffen haben, zu mißachten und mit Füßen zu treten. Die führenden Kreise in Bonn sprechen von „Fremdherrschaft“ und „Zwangsregime“, sprechen von „Befreiung“. Genauso hat das Hitlerregime seine Überfälle auf Österreich, die Tchechoslowakei und Polen begründet. Sie wiederholt das üble Spiel. Zunächst versucht es „den Kommunismus aus Deutschland auszutreiben“. Hitler hatte dazu seine Konzentrationslager, Gaskammern und Krematorien. In der Bundesrepublik begann es mit dem KPD-Verbot und führte zu den Notstandsgesetzen, die die Errichtung von Konzentrationslagern wieder gestatten sollen. Die „Austreibung des Kommunismus“ aus Ostdeutschland ist das nächste Ziel.

Aber Tatsache ist, daß die deutschen Kommunisten ein untrennbarer Bestandteil der deutschen Nation sind, genauso wie die Kommunisten in Frankreich, Italien oder England untrennbarer Bestandteil ihrer Nation sind.

Tatsache ist, daß deutsche Kommunisten nach 1945 in zahlreichen Lan-

desregierungen Westdeutschlands saßen, gewählt von Volk und Parlament, und dies mit Fremdherrschaft nichts zu tun hat. Ebensowenig wie nach 1945 in Frankreich und Italien kommunistische Minister Ausdruck von Fremdherrschaft waren. In den damaligen Ländern der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands entschied sich die Mehrheit der Wähler für eine Regierung unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangen war.

Tatsache ist, daß in der DDR das verwirklicht wurde, wofür die deutsche Arbeiterbewegung seit über hundert Jahren gekämpft hat: Eine Ordnung frei von kapitalistischer Ausbeutung, frei von Militarismus und Rassenwahn, frei von Völker- und Kriegshetze. Eine Ordnung mit gleichen Rechten und Startbedingungen für alle, ein Staat des Friedens und der Völkerverständigung. Eine großartige nationale Leistung, vor allem der deutschen Arbeiterklasse, der in der SED vereinten deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Tatsache schließlich ist, daß das Hitlerregime an der „Austreibung der Kommunisten“ und an seinem Expansionsdrang elend zugrunde ging. Bonn setzt diese Politik fort. An ihrem Ende stünden Bruderkrieg und Atomtod. Der Plan, einen Atomminengürtel quer durch Deutschland zu legen, zeigt eindringlich: Die Herrschaften schwätzen von nationaler Selbstbestimmung, aber nationale Selbstvernichtung wäre das Ergebnis, ließe man sie weiter gewähren. Die Sicherung des Friedens, die Gewährleistung der physischen Existenz unserer Nation ist die Voraussetzung zur Wahrnehmung des nationalen Selbstbestimmungsrechts.

Was heißt nationale Selbstbestimmung?

Das heißt nichts anderes, als das Recht jeder Nation auf „politische Selbstbestimmung, staatliche Selbstständigkeit, Bildung eines Nationalstaates“, „das Recht auf gesonderte staatliche Existenz“.)

Es geht also nicht um die inneren Verhältnisse eines Landes, nicht um seine gesellschaftliche und staatliche

Ordnung. Das ist seine innere Angelegenheit. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind viele Dutzend junge Nationalstaaten entstanden und in die Vereinten Nationen aufgenommen worden. Ganz gleich ob sie Königreiche oder Republiken sind, Ein- oder Mehrparteiensysteme haben, in Anlehnung an den Westen bei ihnen kapitalistische Verhältnisse herrschen oder, unterstützt durch sozialistische

.) Lenin, Ausgew. Werke, Bd. I, Dietz Verlag Berlin 1955, S. 677 und 679.

Länder, der nichtkapitalistische oder gar sozialistische Weg beschränkt wird. Das Entscheidende in diesem Zusammenhang ist ihre staatliche Selbständigkeit, ihre Souveränität.

Natürlich hat unsere deutsche Nation das gleiche Recht auf staatliche Selbständigkeit, auf Souveränität ohne ausländische Einmischung, auf einen einheitlichen Nationalstaat. Wir Kommunisten kämpfen dafür. Das Besondere unserer Lage besteht jedoch darin, daß im Verlaufe der Nachkriegszeit zwei deutsche Staaten entstanden sind, zwei deutsche Parlamente, zwei deutsche Regierungen, zwei grundverschiedene Gesellschaftsordnungen auf deutschem Boden. Was heißt es unter diesen Umständen, das nationale Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen?

Die bekannte großbürgerliche Schweizer Zeitung „Weltwoche“ hat am 14. Mai 1965 nüchtern festgestellt:

„Den Deutschen eine Deutschlandlösung zu oktroyieren ist jedoch zwanzig Jahre nach Kriegsende weder den Westmächten noch der Sowjetunion möglich — trotz der

bequemen Bonner These von den Pankower Marionetten, die man getrost beiseite schieben dürfe. Selbst wenn der Krenl wollte: Die DDR ist kein Tauschobjekt mehr. Auch drüben gibt es Verträge, die zu achten sind, auch drüben gibt es ein „Staatsbewußtsein“, auch dort ist man stolz auf das Erreichte... Die vier Großmächte können und werden die deutsche Frage nicht lösen. Den permanenten kalten Krieg, der durch die deutsche Spaltung in Mitteleuropa entstand, könnten allenfalls die Deutschen selbst beenden.“

Nationale Selbstbestimmung kann also heute für uns Deutsche nur heißen: Volle Souveränität beider deutschen Staaten, friedliche Lösung ihrer Probleme einschließlich der Wiedervereinigung ohne jede ausländische Einmischung. Die Sowjetregierung trägt unserem nationalen Selbstbestimmungsrecht Rechnung indem sie erklärt, mit jeder wie auch immer gearteten Vereinbarung zwischen beiden deutschen Regierungen über die Deutschlandfrage einverstanden zu sein. Die gleiche Haltung der drei Westmächte gilt es zu erzwingen.

Bonn — Feind jedes Selbstbestimmungsrechts

Wo immer es in der Welt um nationales Selbstbestimmungsrecht geht, stehen die großen Konzerne und ihre Bundesregierung auf Seiten der Unterdrückten. Die Amerikaner überziehen Vietnam mit Napalm, Phosphor, Gas und Ledernacken. Erhard, aber auch Erler und Brandt von der SPD, versichern US-Präsident Johnson ihrer Sympathie und fordern ihn auf, hart zu bleiben. Die Amerikaner überfallen die Dominikanische Republik — sie aber klatschen Beifall. Das Volk Kongs wird blutig unterdrückt — sie unterstützen die amerikanische Marionette Tschombe, sind mit von der Partie. Die Völker Angolas und Mozambiques kämpfen um ihre Freiheit von portugiesischer Kolonialherrschaft — Bonn ist gut Freund mit Salazar und schickt ihm Waffen. Vor aller Welt machen die Herrschaften klar, was sie unter Selbstbestimmung verstehen.

Gerade sie besitzen die Unverfrorenheit, sich als Verfechter unseres nation-

alen Selbstbestimmungsrechts aufzuspielen. Alles was sie bisher taten, ist dem direkt entgegengesetzt. Sie haben den einheitlichen deutschen Nationalstaat preisgegeben, sie haben das Potsdamer Abkommen gebrochen und den Separatstaat Bundesrepublik gegründet, nicht die Kommunisten. Die waren für den Einheitsstaat: Im Parlamentarischen Rat Max Reimann und Heinz Renner, drüben die Regierungen der Länder, Hessens Ministerpräsident Zinn hat das anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung ungewollt eingestanden, indem er erklärte:

Die Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder im Juni 1947 ist „daran gescheitert, daß die Ministerpräsidenten der Ostzonenländer sich die Forderung zueigen machten, eine deutsche Zentralverwaltung zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates zu bilden“.

Die heute in Bonn nach Selbstbestimmungsrecht schreien gründeten nicht nur die Bundesrepublik. Dem folgte die ständige Vertiefung der Spaltung durch Remilitarisierung, NATO-Beitritt, allgemeine Wehrpflicht, Atomrüstung und kalten Krieg gegen die DDR.

Nationale Selbstbestimmung heißt frei sein von ausländischer Bevormundung, heißt Souveränität. Was uns die Bonner „Selbstbestimmungspostel“ beschert haben, sieht ganz anders aus. Wenn amerikanische Soldaten deutsche Taxifahrer überfallen, niederschlagen, ausplündern, ermorden, dann kommen in der Regel sie nicht vor ein deutsches, sondern vor ein amerikanisches Gericht. Dort werden sie meist freigesprochen, wie z. B. am 12. März dieses Jahres, der US-Soldat Jennings aus Baumholder. Am 1. April erklärte dazu Staatssekretär Dr. Bülow im Bundestag, der Fall sei zwar sehr traurig, aber dieser weitgehende Verzicht auf deutsche Gerichtshoheit sei eine von der Bundesregierung in Artikel 19 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut eingegangene vertragliche Verpflichtung. Dieser Verzicht auf Souveränität macht die Bundesbürger faktisch zum Freiwild für amerikanische Gangster in Uniform.

Noch weitgehender und einschneidender ist der Verzicht auf nationale Selbstbestimmung, auf Souveränität in Lebensfragen unseres Volkes. Bar jeder nationalen Verantwortung und Würde ist vor allem der Artikel II des im Rahmen der Pariser Verträge abgeschlossenen Deutschland-Vertrages in dem es heißt: „Die drei Mächte behalten die bisher von ihnen innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung.“ So hat man unser nationales Selbstbestimmungsrecht verschachert und dafür die Aufrüstung eingehandelt.

Die Herrschaften fasn von Selbstbestimmung, aber der Beitritt zur NATO, das Einsteigen in Montanunion, EURATOM und EWG sind verbunden mit der Preisgabe von Souveränität und vertiefen die Spaltung Deutschlands. Ja, die Bonner Politiker rühmen sich offen „im Interesse der Einheit Europas“, „im Interesse der west-

europäischen Integration“ auf Souveränitätsrechte, auf einen Nationalstaat zu verzichten. Alles mit dem Ziel, Westeuropa unter die absolute Vorherrschaft der westdeutschen Konzerne zu zwingen, als einheitlichen Block gegen den Osten. Alles unter dem Leitwort Adenauers, der dem französischen Hohen Kommissar in Deutschland, Francois-Poncet, zu Beginn dieser Entwicklung erklärt hat: „Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Landes vorzieht.“

Die Verwirklichung unseres nationalen Selbstbestimmungsrechts erfordert als erstes, daß beide deutschen Staaten für ihre Souveränität und volle Handlungsfreiheit in der deutschen Frage sorgen. Die DDR hat das getan. Der Staatsvertrag mit der Sowjetunion vom 12. Juni 1964 garantiert ihre volle Souveränität, auch in allen die Wiedervereinigung betreffenden Fragen. Was ihre Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag und im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) anbelangt, ist vertraglich das Recht der DDR gesichert sogar auszuscheiden, falls sie es im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands für erforderlich hält.

Die Bundesregierung hat das Gegenteil getan. Sie hat auf entscheidende Souveränitätsrechte verzichtet. Artikel VII des Deutschlandvertrages sieht sogar vor, das „westliche Bündnis-system“ auf ganz Deutschland auszudehnen. Diese Zielsetzung steht jeder realistischen Wiedervereinigungspolitik im Wege. Sie beinhaltet überdies die Übertragung von Souveränitätsverzicht der Bundesrepublik zugunsten der NATO und der USA auf ganz Deutschland.

Die Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechts erfordert daher die Revision aller Verträge, die der vollen Souveränität der Bundesrepublik, einer Initiative für die friedliche Lösung der Deutschlandfrage und Verhandlungen mit der DDR über die schrittweise Wiedervereinigung im Wege stehen. Auf der 4. ZK-Tagung forderte Genosse Max Reimann insbesondere „die sofortige Kündigung der Vorbehaltsklauseln in den Pariser Verträgen“ bezüglich der Deutschlandfrage.

Die Bundesregierung bleibt bei ihrer „Politik der Stärke“. Statt mit der DDR zu verhandeln tarnt sie ihre Kriegsvorbereitungen mit heuchlerischen Appellen an die Westmächte, etwas für die Einheit Deutschlands zu tun. Die in Bonn herrschenden großen Konzerne und Banken, die mit ausländischen Konzernen bis ins Mark verfilzt sind, stehen der vollen Souveränität der Bundesrepublik, einer Politik des Friedens und des Verhandels mit der DDR, stehen der Wiedervereinigung im Wege. Die Änderung der Machtverhältnisse in der Bundesrepublik, die Durchsetzung des Volkswillens, des Selbstbestimmungsrechts des Volkes, der Volkssouveränität entsprechend dem Grundgesetz — „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ — ist daher die Voraussetzung, um eine Politik nationaler Selbstbestimmung zu verwirklichen. Die Praxis Bonner Politik beweist täglich, wie recht Max Reimann hat, wenn er auf der 4. ZK-Tagung feststellte: „Wir sagen mit aller Klarheit, daß man die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mit den gegen-

wärtig herrschenden monopolkapitalistischen Kräften in der Bundesrepublik, sondern nur gegen sie herbeiführen kann.“

Es geht darum, daß Arbeiter, Gewerkschafter, Bauern, Intellektuelle und Mittelständler die Politik in Bonn bestimmen. Es geht um Demokratisierung anstelle von Notstandsgesetzen, um die Mitbestimmung der Arbeiter, der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft, wie das im Wahlprogramm unserer Partei gefordert wird. Es geht um die Legalität für alle demokratischen Organisationen, für die KPD.

Die Verständigung der Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten ist der Schlüssel zur Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung: Einer Politik der Entspannung, der Verständigung, der schrittweisen Wiedervereinigung. Nur unter Führung der Arbeiterklasse kann das Ziel erreicht werden: Die Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa, die Wiedervereinigung Deutschlands zu einer Großmacht des Friedens.

Frieden, Verständigung und Demokratie erfordern: Aufhebung des KPD-Verbots

VON MAX SCHÄFER

I.

Die Diskussion über die Aufhebung des KPD-Verbots reißt nicht ab. Sie ist, vor allem seit dem Parteitag 1963 und dem Brief Max Reimanns an Bundeskanzler Erhard im Januar 1964, immer stärker geworden. So erklärte unlängst einer Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI zufolge das Bundesinnenministerium, daß die Zahl der Eingaben an den Bundestag und die Länderparlamente mit der Forderung, die KPD wieder zuzulassen, erheblich zugenommen habe. „Eine Flut solcher Eingaben ergießt sich auch über führende Persönlichkeiten der deutschen Geisteswelt, der Kunst und der Industrie“. Diese „scheinlegale Arbeit kann dem Vernehmen nach nicht unterbunden werden, da sie sehr oft

von nichtkommunistischen Persönlichkeiten unterstützt werden und nicht unter den Begriff der illegalen politischen Tätigkeit fallen.“

Einen eindrucksvollen Überblick über die Breite der Diskussion im In- und Ausland, über die Vielzahl der Argumente und die Verschiedenartigkeit der Diskussionsteilnehmer gibt eine Dokumentation „Stellungnahmen zur Diskussion über das KPD-Verbot“, die vom „Petitionskreis von Rheinland-Pfalz“ zusammengestellt und herausgegeben wurde. Und selbst diese Dokumentation auf 70 DIN A 4-Seiten ist noch bei weitem nicht vollständig und könnte durch eine große Zahl neuer Stellungnahmen ergänzt werden.

Der Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbots ist ein unlösbarer Bestandteil der allgemeinen Bewegung für Frieden und Demokratie. Im gleichen Maße, wie das Unbehagen über den gefährlichen Kurs der Atomrüstung und über die Einschränkung der demokratischen Rechte, die wachsende Gefahr der Notstandsdictatur und eines neuen Faschismus zunimmt, wie der Widerstand gegen die Notstandsgesetze wächst, verstärkt sich auch die Bewegung für die Legalisierung der KPD.

Von großer Bedeutung ist hierbei die, auch von Gegnern nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Kommunisten während der dunklen und schmachvollen Zeit der Hitlerherrschaft die entschiedensten Kämpfer gegen Faschismus und Krieg waren und in diesem Kampf die größten Opfer brachten. Für die in Bonn Herrschenden, welche den Tag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus nicht als Tag der Befreiung feiern sondern als Tag der Niederlage betrauern und die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Hitler-Reiches betrachten, ist diese Tatsache nur ein Grund mehr, die Kommunisten zu hassen und zu fürchten und das KPD-Verbot weiter aufrecht zu erhalten.

So begründete der Staatsanwalt von Lücken bei der politischen Strafkammer Lüneburg eine besonders hohe Strafe mit den Worten: „Straferschwerend ist es, daß der Angeklagte schon während der NS-Zeit für ein politisches Delikt bestraft wurde.“

Diese Praxis der politischen Strafjustiz empört das Gerechtigkeitsgefühl aller anständigen Menschen. So sagte ein Jugendlicher auf die Frage eines „elan“-Vertreters: „Die Tatsache, daß Kommunisten heute in der Bundesrepublik vor dieselben Richter wie zu Zeiten des braunen Untermenschentums treten müssen, schreit zum Himmel.“

Die schmachvolle Vergangenheit bewältigen wollen, um unserem Volke eine glückliche Zukunft zu sichern, erfordert geradezu gegen die Verfolgung der Kommunisten, für die volle Freiheit politischer Betätigung für die Kommunisten einzutreten. So

sagte z. B. der Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen, E. Wilms: „Im Konzentrationslager habe ich gelernt, daß es den Kommunisten wie den Christen — dem einen vom Humanen, dem andern vom Evangelium her, um Gerechtigkeit, um Menschlichkeit und um Frieden geht. Die Kommunisten werden in Westdeutschland geächtet wie die Juden in der NS-Zeit.“¹⁾

* Der enge Zusammenhang zwischen der Verteidigung der Demokratie, dem Schutz des Grundgesetzes und der Wiederherstellung der Legalität der KPD wird von immer mehr Menschen erkannt. Das ist eine der wichtigsten Triebkräfte für die Verstärkung der Bewegung für die Aufhebung des Verbots. Von großer Bedeutung dafür war, daß in zunehmendem Maße die Methoden der politischen Strafjustiz des Verfassungsschutzes und der politischen Polizei von den Verfolgten selbst, von ihren Angehörigen und von Juristen in aller Öffentlichkeit angeprangert wurden.

Die gummiartigen Bestimmungen der sogenannten Staatsschutzgesetze und ihre weitestmögliche Auslegung durch die politischen Sonderkammern machen es möglich, daß jedes Eintreten für eine Friedens- und Verständigungspolitik nicht nur als kommunistisch gesteuert bezeichnet, sondern damit auch strafrechtlicher Verfolgung bedroht wird.

In der von Prof. Kogon durchgeführten Fernsehsendung am 9. 11. 1964 („Panorama“-Sendung) kennzeichnete „Panorama“-Redakteur Lehmann diese Gefahr, die für jeden Bürger durch das KPD-Verbot heraufbeschworen wird, mit den Worten: „Der kalte Krieg hat in der Welt und nicht zuletzt in unserer Bundesrepublik da und dort Verhältnisse zurückgelassen, die, je länger sie unbereinigt bleiben, umso verhängnisvollere Folgen haben können. Diese Feststellung gilt ganz besonders auf dem Gebiete unserer politischen Strafjustiz . . . Zusammen mit dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 und zuweilen rigorosen Methoden der Politischen Kriminalpolizei hat sich eine Praxis politischer Verfolgung ergeben, die die im Grundgesetz garantierten

¹⁾ „Rhein-Zeitung“ Koblenz, 15. 3. 65.

Rechte der Bürger zu gefährden droht, aller Bürger . . .“

Der Staatsrechtler Prof. Ridder weist in seiner Schrift „Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht“ ebenfalls darauf hin, daß politische Justiz und KPD-Verbot letztendlich jede nichtregierungskonforme politische Betätigung mit Verfolgung bedrohen und verfassungswidrig sind: „Die auf das neueingeführte und das unrevidierte alte grundgesetzwidrige politische Strafrecht gestützte inflationäre Welle der politischen Strafjustiz seit 1951 richtete sich zunächst konzentriert gegen die Verbreitung kommunistischen Gedankenguts, soweit sie nicht von der noch nicht verbotenen kommunistischen Partei Deutschlands selbst ausging.“ Mit dem KPD-Verbot „war der letzte legale und klar abgrenzbare Träger kommunistischer politischer Ideen entfallen. Das hatte zur Folge, daß die Zone des regierungsbehördlichen Verdachts auf subversive kommunistische Betätigung sich fortlaufend verbreiterte und an Ausdehnung dem Gesamtbereich der nichtregierungskonformen politischen Betätigung immer näher kam.“²⁾

Die Freiheit für Demokraten ist in der Tat unteilbar. Je mehr Freiheit es für die Kommunisten gibt, ihre Ansichten und Ziele legal in der Bundesrepublik zu vertreten, destomehr Freiheit gibt es letzten Endes auch für jeden anderen Bürger, der Frieden und Demokratie will. Die Wiederherstellung des Rechts freier politischer

Betätigung für die KPD ist damit zugleich ein entscheidender Schritt zur Sicherung der verfassungsmäßigen Grundrechte eines jeden Bürgers.

Mit Recht weisen der Strafrechtler Prof. Maihofer und Oberlandesgerichtspräsident i. R. Richard Schmid darauf hin, daß die Zahl von über 10 000 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Jahre 1963 — hinzu kommt die um ein vielfaches höhere Zahl polizeilicher Schnüffeleien, die gar nicht erst zum Ermittlungsverfahren führen — erschreckend hoch ist und wie Prof. Maihofer in der „Panorama“-Sendung vom 7. Januar sagt, „einen ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre machten“. R. Schmid sagt dazu in der „Zeit“ vom 12. 3. 1965: „Im übrigen beweist die Massenhaftigkeit der Verfahren, in denen es nicht zur Verurteilung kommt . . . welch großer Überwachungsapparat und Denunziationsbetrieb im Gange sind. Wir seien, habe ich damals erklärt, auf der schiefen Ebene zum Überwachungsstaat, der modernen Form des Polizeistaats.“

Diese „ernsthafte Gefährdung unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie“ (Prof. Maihofer in der „Panorama“-Sendung) kann nur beseitigt werden durch die Beseitigung einer politischen Justiz, bei der „ein erheblicher Teil dieser Deliktatbestände mit den politischen Freiheitsrechten und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist“³⁾ und durch die Aufhebung des KPD-Verbots.

II.

Ein wesentliches Moment, das immer wieder zu Überlegungen über die Aufhebung des KPD-Verbots zwingt, ist die Notwendigkeit innerdeutscher Verständigung. Die sogenannte Deutschlandinitiative der drei Westmächte, nach Monaten des Drängens der Bundesregierung um einen Wahlschlag zu bekommen, nun endlich zustande gekommen, erweist sich weniger wert, als das Papier, auf dem sie gedruckt ist. „Diese Erklärung ist

schlimmer, als gar keine“ schrieben zahlreiche westdeutsche Zeitungen.

Dagegen hat die Volkskammer der DDR mit ihrem Manifest eine wahrhaftige Deutschlandinitiative eingeleitet, die zur Grundlage hat, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland ein Faktor des Friedens in Europa sein muß. Darum wendet sich das Manifest an die Bürger Westdeutschlands, „ . . . das Ihre zu tun, damit zwischen beiden deutschen Staaten eine Verständigung über Abrüstung und über den Verzicht auf

²⁾ „Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht“, Seite 46.

³⁾ Ebenda, Seite 42.

Kernwaffen in jeder Form, einschließlich der Erlangung der Verfügungsgewalt über sie, zustande kommt“, und „die Herstellung normaler sachlicher Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten zu erzwingen“.

Ohne Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten gibt es keine Wiedervereinigung. Diese Erkenntnis wächst. Die Kommunisten sind die eifrigsten Verfechter der Verständigung zwischen den Deutschen, zwischen den Arbeiterorganisationen und den Regierungen und Parlamenten beider deutscher Staaten.

Auf dem Podiumsgespräch Mitte Mai in Düsseldorf „KPD — morgen legal“ forderte der Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“,

Dr. Fabian, daher nachdrücklich die freie Diskussion mit den Kommunisten in der Bundesrepublik. Bloßer Antikommunismus sei undemokratisch. Eine Wiedervereinigung Deutschlands sei ohne geistige Auseinandersetzung mit den Kommunisten unmöglich.

Selbst das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil gegen die KPD den Grundsatz anerkennen müssen, daß ohne eine legale KPD die Wiedervereinigung Deutschlands nicht herbeigeführt werden kann. Wer also den Weg der Wiedervereinigung zu einem friedlichen und demokratischen Staat beschreiten will, muß für die Aufhebung des KPD-Verbots sein. Die Stellung zu dieser Frage ist ein wahrer Prüfstein für die Ehrlichkeit aller Wiedervereinigungsbeteuerungen.

III.

Kein ernstzunehmender Politiker, außer solchen Scharfmachern wie Höcherl, Strauß, Barzel und Dufhues verteidigt heute noch offen das KPD-Verbot. Ihr einziges Argument, das jeder Grundlage entbehrt, ist: Die KPD steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.

Die KPD hat in ihrer Vergangenheit und besonders auch seit 1945 sich für die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes eingesetzt. Sie hat auf ihrem Parteitag 1963 und seither immer wieder betont, daß sie voll auf dem Boden des Grundgesetzes steht. So erklärte Max Reimann auf einer Pressekonferenz am 23. 5. 1964: „Von eben dieser Bejahung des Grundgesetzes her, entwickeln wir auch heute unsere grundsätzlichen Forderungen. Sie lauten:

1. Kein weiterer Schritt zur Aushöhlung von Buchstabe und Geist des Grundgesetzes! Keine Notstandsgesetze, in welcher Form auch immer! Schluß mit jedem Versuch, durch die Beseitigung des Grundgesetzes die westdeutsche Bevölkerung schon in Friedenszeiten unter Kriegsrecht zu stellen!

Bei vielen Menschen, die das Verbot der KPD für politisch falsch und schädlich halten, gibt es große Unklar-

9) „Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht“, Seite 19.

2. Die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht und das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung müssen endlich die Politik der Bundesregierung bestimmen.“

Staatsrechtler, Juristen und Persönlichkeiten aller politischen Richtungen stimmen darin überein, daß „eine der auffälligsten Erscheinungen der westdeutschen politischen Szenerie der Gegenwart“ die „recht erhebliche merkwürdige Diskrepanz zwischen den Entscheidungen des Grundgesetzes und der tatsächlichen Staatspraxis in den Materien des Ausnahmezustands und der politischen Strafjustiz“ ist).

Das trifft darüber hinaus ebenso auf allen anderen Gebieten zu: Es gibt einen krassen Widerspruch zwischen den wirklichen Verhältnissen und dem Geist und Wortlaut des Grundgesetzes. Und nun soll mit den Notstandsgesetzen eine Nebenverfassung geschaffen werden, durch die das Grundgesetz tatsächlich außer Kraft und eine Notstandsdictatur geschaffen wird. So erfordert der Schutz des Grundgesetzes geradezu die Aufhebung des KPD-Verbots.

IV.

heiten über die rechtlichen Möglichkeiten, die Legalität der KPD wiederherzustellen. Diese Unklarheiten werden auch von rechten Führern der SPD wie Wehner und Erler ausge-

nutzt, die das Verbot als eine politische Dummheit bezeichnen, die nicht mehr zu reparieren sei. Eine verdächtige Einstellung, die da sagt, wenn einmal ein Fehler oder gar ein schädlicher Schritt getan sei, müsse man bei ihm verharren, müsse ihn immer wiederholen und dürfe ihn nie mehr wiedergutmachen.

In Wahrheit gibt es bei den Wehner und Erler wohl andere Überlegungen. Bei der „Spiegel“-Affäre 1962 unternahm Wehner den Versuch, eine große Koalition CDU/CSU und SPD mit Adenauer zu schaffen. Die große Koalition wurde nun im Lande Niedersachsen, wo die SPD die stärkste Partei ist, geschaffen. Sie soll der Koalition SPD und CDU/CSU nach den Bundestagswahlen in Bonn, so wünscht es Wehner, den Weg bereiten. Für die Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU wie sie die rechte SPD-Führung seit Jahren und besonders in der letzten Zeit betreibt, würde eine legale KPD ernste Schwierigkeiten schaffen. Diese Politik der rechten SPD-Führer trägt keine legale Arbeiterpartei links von der SPD, die der Arbeiterklasse eine Alternative bietet. Das ist der wahre Grund, warum die rechten Führer der SPD sich gegen die Aufhebung des KPD-Verbots wenden und die CDU/CSU noch in ihrem Haß gegen jede Bewegung, die für eine Politik des Friedens und der Demokratie eintritt, zu übertreffen versuchen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber, welche die gleichen Interessen haben, die mit wachsendem Zweifel die Politik ihrer rechten Führer betrachten, sollten sich für die Aufhebung des KPD-Verbots einsetzen. Eine legale KPD wäre für sie eine unermesslich wertvolle Hilfe im Kampf für eine Politik des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Möglichkeit der Aufhebung des KPD-Verbots wird von Juristen und Politikern eindeutig bejaht. So meldet dpa am 13. Mai über das Düsseldorfer Podiumsgespräch: „Der Bonner Staatsrechtler Prof. Dr. Ridder hält es aus rechtlichen Gründen nicht nur für möglich, sondern vielleicht auch für

notwendig, das KPD-Verbot von 1956 in der Bundesrepublik aufzuheben. Bei einer öffentlichen Forumdiskussion am Mittwochabend in Düsseldorf warf er die Frage auf, ob sich das Verbotsurteil nicht inzwischen ‚selbst verzehrt‘ und seine Rechtskraft verloren‘ habe . . . Er nannte aber mehrere Argumente, die nach seiner Meinung unter Umständen objektiv für die Legalisierung der KPD sprechen. Er sagte, der ‚Selbstverzehr‘ des Verbotsurteils könne dadurch eingetreten sein, daß bei Weiterbestehen des Urteils die freiheitliche Grundordnung mehr gefährdet werde, als dies zu Zeiten der KPD der Fall gewesen sei.“ Ridder sagte weiter, das Fehlen einer legalen KPD habe dazu geführt, daß sich der Vorwurf, Kommunist zu sein, schwammartig auf alle Bürger ausdehnte, die eine nonkonformistische Gesinnung bezeugten. Er nannte vier mögliche Wege, das KPD-Verbot aufzuheben: 1) durch eine Änderung des Grundgesetzes; 2) durch eine Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht; 3) durch die Feststellung, es bedürfe weder einer Verfassungs- noch Gesetzesänderung, da sich das Verbotsurteil in Anbetracht der völlig veränderten Situation „selbst aufzehre“, 4) im Zuge der Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Aufhebung des KPD-Verbots ist möglich und für die friedliche Zukunft unseres Volkes notwendig. Unserer Meinung nach hatte der gewerkschaftliche Publizist Dr. Walter Fabian bei dem Podiumsgespräch in Düsseldorf auch den richtigen Weg gewiesen: In allen Städten, in den demokratischen Massenorganisationen, den Vereinigungen und Parteien, die demokratische Auseinandersetzung um die Aufhebung des KPD-Verbots nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Was Höcherl fürchtet, das massenweise legale Auftreten der Kommunisten, die offen ihre Meinung vertreten, das ist die wirkungsvollste Form, die Aufhebung des Verbots gegen den Widerstand der kalten Krieger und Militaristen zu erzwingen.

Für eine demokratische Entwicklung der Landwirtschaft

VON ANTON MÜLLER

Es wird immer wieder von Genossen die Frage gestellt: Hat es überhaupt einen Sinn, sich mit den Problemen der Bauern zu beschäftigen? In der Bundesrepublik spielt die Landwirtschaft doch eine untergeordnete Rolle. Aber haben diese Genossen daran gedacht, daß nächst der Arbeiterklasse die Bauernschaft die bedeutendste gesellschaftliche Kraft des Volkes ist? Nicht zufällig heißt es doch in der vom Parteitag beschlossenen Programatischen Erklärung der KPD: „Die Sache des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts kann nur siegen, wenn die Arbeiterklasse und die Bauernschaft gemeinsam handeln. Sie sind die beiden wichtigsten produktiven Klassen der Nation“.

Das Marktstrukturfondsgesetz der CDU

Die zunehmende Technisierung der Landwirtschaft und nicht zuletzt der wachsende Einfluß der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR läßt unter den Bauern das Streben nach genossenschaftlicher Zusammenarbeit stärker werden. Es bilden sich zunehmend Gemeinschaften der Bauern für die Erzeugung bestimmter landwirtschaftlicher Produkte oder ganzer Gruppen von Erzeugnissen. Die Monopole und ihre CDU/CSU wollen auch diese Entwicklung in ihren Griff bekommen und für ihre Interessen nutzbar machen. Die CDU/CSU und der Staat der Monopole beginnen sogar, die Bauern zum Zusammenschluß zu drängen, und dieser Zusammenschluß der Agrarproduzenten und ihre vertragliche Bindung an das Monopolkapital soll die Hauptmethode zur völligen Einbeziehung der Landwirtschaft in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden. Dieser Weg soll mit dem von der CDU/CSU im Parlament eingebrachten Marktstrukturfondsgesetz gesichert werden.

Nach diesem Gesetz sollen für die einzelnen landwirtschaftlichen Produktionszweige „Marktfonds“ gebildet werden, die die Produktion und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse rationieren sollen und schließlich auch in der Lage sein sollen, die ge-

Das in der Bundesrepublik herrschende Finanzkapital kümmert sich auf seine Art um die Landwirtschaft. Die Bestrebungen dieser Kreise gehen gegenwärtig dahin, die gesamte Landwirtschaft völlig ihren Interessen zu unterwerfen. Dieses Ziel soll mit Hilfe des Bonner Staates erreicht werden. Es soll eine staatsmonopolistische Regulierung der Landwirtschaft im Interesse der hundert Milliarden durchgesetzt, es sollen weitere zusätzliche Profitquellen in der westdeutschen Landwirtschaft erschlossen und die politische und ökonomische Macht der Monopole auf dem Lande weiter gefestigt werden.

samte landwirtschaftliche Produktion zu erfassen. Wem aber soll diese Institution, die durch vielerlei im Gesetzentwurf vorgesehene Maßnahmen einen ungeheuren Einfluß auf die Landwirtschaft nehmen kann, dienen? Die Antwort kann nur lauten: ganz deutlich den Monopolen, den Handels- und Nahrungsmittelkonzernen! Selbst aus den verklausulierten Formulierungen des Gesetzentwurfes geht das eindeutig hervor. Zum Beispiel soll über den Marktstrukturfonds ein „Verwaltungsrat“ entscheiden. Aber dieser Verwaltungsrat — in dem übrigens die Vertreter des Bauernverbandes gegenüber den Vertretern der Bundesregierung in einer Minderheit sind und für den überhaupt kein Vertreter der Arbeiterschaft, etwa der Gewerkschaften, vorgesehen ist — wird nicht etwa gewählt, sondern vom Bundesminister für Landwirtschaft berufen. Darüber hinaus müssen wichtige Entscheidungen dieses zusammengeschobenen Verwaltungsrats noch vom Landwirtschaftsminister genehmigt werden.

Auch die sich bildenden Erzeugergemeinschaften der Bauern sollen mit Hilfe dieses Gesetzes in den Griff der Monopole gebracht werden. Der Gesetzentwurf erklärt nur solche Gemeinschaften für förderungswürdig, die nach Satzungen arbeiten, die vom

Vorstand des Marktstrukturfonds — also im wesentlichen von den Vertretern der Monopole — vorgeschrieben werden. Darüber hinaus wird im Gesetzentwurf gesagt, daß nur solche Gemeinschaften gefördert werden können, die keinen geschäftlichen Betrieb auf dem Gebiet des Bezugs oder Absatzes unterhalten, sondern Lieferverträge mit Handelsorganisationen oder Konzernen abschließen, die wiederum einem vom Vorstand des Marktstrukturfonds vorgeschriebenen Vertragsmuster entsprechen müssen. Selbst an eine weitere Periode der Kriegsvorbereitung ist in diesem Gesetzentwurf schon gedacht worden. Es gibt in ihm einen Paragraphen 2, in dem es heißt, daß der Marktstrukturfonds weitere Aufgaben zu übernehmen hat, die ihm durch den Landwirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister zugewiesen werden. Da es im ganzen Gesetz keinen Hinweis auf den Charakter dieser Aufgaben gibt, muß man annehmen, daß mit dieser Formulierung Aufgaben gemeint sind, wie sie im Rahmen der Notstandsgesetzregelung

SPD-Agrarpolitik im Schlepptau der CDU

Die SPD-Regierungsmannschaft hat zur Bundestagswahl ein agrarpolitisches Programm veröffentlicht. Dieses agrarpolitische Programm ist keine Alternative zur Agrarpolitik der CDU/CSU, wenn auch in diesem Programm u. a. eine Reihe von Forderungen erhoben werden, die den Wünschen der Bauern entsprechen, zum Beispiel Forderungen auf dem Gebiet des Krankheits- und Unfallschutzes, der Verbesserung der Altersversorgung und des ländlichen Bildungswesens.

Es wird von der SPD-Führung kein Weg gezeigt, wie diese Forderungen verwirklicht und wo die finanziellen Mittel für diese Forderungen hergenommen werden sollen. Hinzu kommt, daß die SPD-Führung sich in allen grundsätzlichen Fragen nicht von der Politik der CDU abgrenzt, sondern ihr folgt. Der im Interesse der Monopole liegende „Strukturwandel“, der Hunderttausenden Bauern den Hof gekostet hat, wird ausdrücklich befürwortet. Die SPD-Führung bekennt sich zur Fortsetzung der EWG-

mit der Erfassung sämtlicher Lebensmittel, der Wiedereinführung des Lebensmittelkartensystems usw. geplant sind.

Die landwirtschaftliche Produktion, der Absatz und die Gestaltung der Preise soll mit Hilfe dieses zutiefst undemokratischen Gesetzes in die Verfügungsgewalt der Monopole kommen. Das widerspricht den Interessen der Bauern. Das widerspricht aber auch den Interessen der Arbeiterschaft. Denn mit Hilfe dieses staatsmonopolistischen Systems würden der Bauernschaft, dem wichtigsten Verbündeten der Arbeiter, neue Fesseln angelegt und die Monopole erhielten neue Möglichkeiten, die Lebensmittelpreise für die Verbraucher, die Arbeiter in die Höhe zu treiben. Es ist deswegen für die Arbeiterschaft, für ihre Gewerkschaften, wichtig, den Bauern zu helfen, die Ziele der Politik der CDU/CSU zu erkennen, den Kampf gegen den Druck der Monopole, für die Zurückdrängung und schließliche Beseitigung der Macht der Monopole zu führen.

Agrarpolitik genauso wie die CDU/CSU. Sie begrenzt ausdrücklich ihr agrarpolitisches Programm auf die Bereiche, die von EWG-Bestimmungen noch nicht geregelt sind. Sie verzichtet somit auf eine nationale Agrarpolitik.

Die Regierungsmannschaft der SPD verlangt in ihrem Agrarprogramm, daß Vereinigungen landwirtschaftlicher Erzeuger staatlich gefördert werden sollen. Aber — und das ist das Entscheidende — sie entwickelt keine Vorschläge, die darauf gerichtet sind, zu verhindern, daß die bäuerlichen Gemeinschaften in den Griff der Monopole und Nahrungsmittelkonzerne kommen. Mehr noch. Zahlreiche Vorschläge, die im Entwurf der SPD zu einem Marktstrukturgesetz enthalten sind, decken sich mit Gedanken der CDU/CSU (zum Beispiel, daß sich alle Produktionsgemeinschaften durch Lieferverträge an Handelsorganisationen oder Nahrungsmittelkonzerne binden müssen). Sie erleichtern es den Monopolen, die Gemeinschaften ihrem Diktat zu unterstellen. Mit dieser Poli-

tik der Führung der SPD, die in allen entscheidenden Fragen der Politik der CDU/CSU und damit den Interessen der Monopole folgt, ist die richtige Forderung des agrarpolitischen Programms der SPD — ein Leben in Frei-

heit, ohne unwürdige Abhängigkeit — nicht zu erreichen. Das kann nur erreicht werden im Kampf gegen den Druck der Monopole, gegen die lebensgefährliche und unsoziale Politik der CDU/CSU.

Einige Grundsätze der Agrarpolitik der KPD

Wir Kommunisten treten für eine gesunde Landwirtschaft ein, die den Bauern eine sichere Existenz bietet und die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und preiswerten Lebensmitteln sichert. Deswegen sagen wir in unserem Wahlprogramm: „Die KPD vertritt eine Agrarpolitik, die den Interessen der Arbeiter und Bauern entspricht. Auf Kosten der Konzernprofite sind den Verbrauchern billigere Lebensmittel und den Bauern höhere Erzeugerpreise, billigere Betriebsmittel und Kredite zu niedrigen Zinsen zu sichern. Die KPD ist dagegen, daß die Bauern den Monopolinteressen und der EWG geopfert werden“.

Wir Kommunisten sind für eine moderne Landwirtschaft, für die neueste technische Ausstattung der bäuerlichen Betriebe. Es muß aber bei der Schaffung einer modernen Landwirtschaft ein demokratischer Weg gegangen werden, der es den Bauern ermöglicht, Bauer auf eigener Scholle zu bleiben, der sich zum Nutzen der Werktätigen in Stadt und Land und nicht zum Wohle einer Handvoll Konzerngewaltiger auswirkt. Darum unterstützen wir alle Bestrebungen der Bauern, Gemeinschaften für die Nutzung von Maschinen und auch zur gemeinsamen Produktion zu schaffen.

Unsere Partei fordert, daß diese genossenschaftlichen Einrichtungen aus staatlichen Mitteln, auf Kosten des Rüstungshaushalts gefördert werden. Zur gleichen Zeit treten wir Kommunisten dafür ein, daß es Genossenschaften werden, die unter echter demokratischer Selbstverwaltung der Bauern bei entsprechendem Anteil der Klein- und Mittelbauern stehen, daß sich die Gemeinschaften ihre Satzungen selbst geben, daß alle wichtigen Fragen — zum Beispiel der Abschluß von Verträgen mit der Industrie und dem Großhandel, die Ausleihtarife für Maschinen — von der Mitglieder-

versammlung beraten und beschlossen werden. Wir sollten den Bauern erklären, daß nur so ein wirkungsvoller Kampf für die Verteidigung der Interessen der Bauern, vor allem auch der Klein- und Mittelbauern geführt werden kann.

Die Maßnahmen der CDU/CSU zielen darauf ab, den bäuerlichen Gemeinschaften die Selbständigkeit zu nehmen oder gar nicht erst zu gestatten. Sie sollen Anhängsel der großen Verarbeitungsbetriebe und Handelskonzerne werden. Deswegen auch der Vorschlag der CDU/CSU, bestimmte staatliche Förderungsmittel über Handelsorgane und die verarbeitende Industrie laufen zu lassen, die sie den Gemeinschaften nur dann geben, wenn sie längerfristige Lieferverträge mit diesen Konzernunternehmen abschließen. Wir Kommunisten treten für die volle Selbständigkeit bäuerlicher Gemeinschaften ein. Diese Selbständigkeit darf nicht angetastet werden. Deswegen unterstützen wir auch die Forderungen der Bauern; wir verlangen, daß die staatliche Förderung direkt, ohne knechtende Bedingungen erfolgt.

Es gibt heute bereits eine Reihe bäuerlicher Erzeugergemeinschaften, die beim Absatz ihrer Produkte mit der Habgier der Nahrungsmittelkonzerne zusammengestoßen sind und dann dazu übergingen, ihre Nahrungsmittel selbst an den Kleinhandel oder an den Verbraucher heranzubringen. Die Bauern erhalten so mehr für ihre Erzeugnisse, und für die Verbraucher wurden sie in den meisten Fällen zugleich billiger. Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die bäuerlichen Gemeinschaften das Recht haben müssen, ihre Erzeugnisse selbst abzusetzen. Wir sind gegen die Versuche der CDU/CSU, sie mit Hilfe des Marktstrukturfondsgesetzes zu zwingen, Lieferverträge abzuschließen und sich in die Abhängigkeit der Konzerne zu begeben.

Vor kurzem wollte in Bayern die Konservenindustrie die Bauern, die bei ihr im Vertrag stehen, zwingen, die Bohnen um 2,— DM pro Zentner billiger zu liefern (die Verbraucherpreise sollten wohlgemerkt nicht gesenkt werden!). Die in Genossenschaften organisierten Bauern beriefen Versammlungen ein und beschlossen, überhaupt keine Bohnen mehr zu liefern, wenn die Konservenindustrie auf ihrer erpresserischen Forderung beharrt. Das wirkte. Die Großindustriellen gaben nach. Dieses Recht der Bauern und ihrer Erzeugergemeinschaften, ihre Lieferverträge mit der Industrie oder mit dem Großhandel — wenn sie solche abschließen wollen — frei auszuhandeln und auch auszukämpfen, darf nicht angetastet werden. Wir unterstützen die Bauern, die sich dagegen wehren, daß ihnen durch ein Gesetz, zum Nutzen der Monopole, staatliche Muster-Lieferverträge aufgezwungen werden sollen.

In einem Entwurf des Bauernverbandes für ein Marktstrukturgesetz war der Gedanke enthalten, daß den Erzeugergemeinschaften in den Verarbeitungsbetrieben, mit denen Lieferverträge bestehen, ein die Wahrung ihrer Interessen sichernder Einfluß eingeräumt werden soll. In dem Gesetzentwurf der CDU/CSU ist dieser Gedanke nicht aufgegriffen, sondern im Gegenteil alles getan worden, um jede Möglichkeit der Mitbestimmung der Bauern auszuschalten. Wir Kommunisten halten die Forderung des Bauernverbandes für richtig. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Bauern, dieser große und bedeutende Teil unserer Bevölkerung, einen Anspruch auf wirkliches Mitspracherecht auf allen Gebieten des Lebens, auch in der Wirtschaft und im Staat, haben. Bauern verlangen zum Beispiel, die bestehenden Verbraucher-Beiräte beim Landwirtschaftsministerium umzuwandeln in landwirtschaftliche Erzeuger- und Verbraucher-Beiräte, die zu zwei Dritteln aus Bauern und Verbrauchern bestehen sollen, die delegiert werden vom Bauernverband, von den Gewerkschaften und den Verbraucherorganisationen.

Zu den Aufgaben dieser Beiräte, die den Körperschaften, die sie gewählt

haben, rechenschaftspflichtig sein müßten — und die auch auf Landes- und Kreisebene geschaffen werden sollten, könnte u. a. gehören: Die Beratung von Agrar- und Ernährungsgesetzen und das Mitwirken bei der Entwicklung einer breiten öffentlichen Diskussion über diese Gesetzentwürfe; das Recht der Kontrolle über das Geschäftsgebahren von Großhandels- und Lebensmittelkonzernen; das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen. Wir Kommunisten unterstützen diese Vorschläge. Wir sind auch der Meinung, daß die Bauern ein Recht haben, zu verlangen, daß Vertreter der Bauernschaft ein Mitbestimmungsrecht in solchen Betrieben bekommen, die Betriebsmittel für die Landwirtschaft (zum Beispiel Maschinen und Düngemittel) herstellen. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß es im Interesse einer demokratischen Entwicklung der Landwirtschaft, im Interesse der 180 000 Umsiedlerbauern, die Boden zum Aufbau einer bäuerlichen Wirtschaft haben möchten, liegt, die Durchführung einer Bodenreform zu verlangen, die ja nach 1945 in Ländern der Bundesrepublik bereits beschlossen wurde, deren Durchführung aber von den Besatzungsmächten, den Konzerngewaltigen und Großgrundbesitzern verhindert wurde.

Wir Kommunisten sind — wie wir das bereits in der Programmatischen Erklärung des Parteitages 1963 gesagt haben — für die Bildung und Förderung demokratischer bäuerlicher Gemeinschaften, für ihre Entwicklung zu Selbsthilfeorganen gegen den Druck der Monopole. Zugleich treten wir aber auch dafür ein, daß auch die werktätigen Bauern, die weiterhin auf sich gestellt arbeiten wollen, die sich noch nicht zu der Mitarbeit in einer bäuerlichen Gemeinschaft entschließen können, staatliche Hilfe für die Modernisierung ihrer Betriebe, für die Entwicklung einer intensiven und spezialisierten Produktion durch Einkommens- und produktionsfördernde Beihilfen und Kredite erhalten. Wir Kommunisten unterstützen die Forderungen der Bauern nach einer die bäuerlichen Interessen schützenden Steuer- und Handelspolitik, nach Herabsetzung der Zinsen für Kredite

auf höchstens 3 Prozent sowie die auf eine Verbesserung ihrer Lage, des Krankheits- und Unfallschutzes, der Altersversorgung und des ländlichen Bildungswesens gerichteten Forderungen der Bauern.

Wir Kommunisten sind für die Entwicklung einer Landwirtschaft, die den Interessen der Bauern und Arbeiter, der werktätigen Bevölkerung und nicht

dem Nutzen einer Handvoll Milliardäre dient. Deswegen sind wir der Meinung, daß jeder Versuch der herrschenden Kreise der Bundesrepublik, Arbeiter und Bauern gegeneinander auszuspielen, zurückgewiesen werden sollte; daß alles getan werden muß für das gemeinsame Handeln gegen den gemeinsamen Feind, die 100 Multimillionäre, deren Druck auf allen Werktätigen lastet.

Ein aktuelles Thema zur Diskussion gestellt:

Vermögensbildung

In einer Gesprächsreihe hat sich der Deutsche Freiheitssender 904 mit diesem Problem beschäftigt. „Wissen und Tat“ veröffentlicht eine gekürzte Niederschrift.

904: Genossen, der neue Tarifvertrag für die Bauindustrie und das Baugewerbe liegt auf dem Tisch, erstmalig, wie es heißt, mit „vermögenswirksamen Regelungen“. Georg Leber hat diesen Vertrag als den bedeutendsten seit dem Jahre 1901 bezeichnet. Und in der „Welt der Arbeit“ kann man nachlesen, daß damit sogar eine neue Etappe in der Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik eingeleitet worden sei.

Genosse H.: Na, ja, bei Georg Leber gibt es überhaupt keine kleinen Sachen. Wenn er einen Pfennig für die Bauarbeiter herausholt, ist das für ihn gleich die größte Tat der Gewerkschaftsgeschichte. Aber meines Erachtens ist es doch viel besser, wenn man dieses laute Geschrei an den Tatsachen mißt, an den gewerkschaftlichen Beschlüssen, an der Zielsetzung des DGB-Grundsatzprogramms. Wenn man so herangeht, kann man keinesfalls sagen, daß mit diesem Tarifvertrag eine neue Etappe in der Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik eingeleitet wurde.

904: Vor kurzem ist übrigens eine Fernsehsendung im ersten Programm des Deutschen Fernsehens gelaufen. Bei der Gelegenheit hat der Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden noch etwas zu diesem Thema von sich gegeben, unter anderem folgendes:

„Der Kommunismus braucht den Kapitalisten, der den Arbeiter aus-

beutet, der ihn aussaugt; den Kapitalisten mit der dicken Zigarre, der als Sinnbild dieser Ungerechtigkeit für ihn existiert. Der Westen braucht eine Alternative dazu. Er muß sich bemühen, eine evolutionäre Lösung herbeizuführen, damit die revolutionäre Antwort des Kommunismus überflüssig wird.“

Genosse H.: Es ist interessant, einmal von Georg Leber zu hören, daß er seinen Plan in erster Linie zum Kampf gegen den Kommunismus aufgestellt hat.

904: Bisher mußte man immer den Eindruck haben, er will etwas für die Bauarbeiter tun.

Genosse R.: Ja, bisher konnte man das wirklich annehmen. Er hat es jedenfalls immer so zum Ausdruck gebracht.

Genosse H.: Jetzt tut Georg Leber so, als ob die Kommunisten den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erfunden und für sich in Erbpacht genommen hätten. Das ist aber keineswegs der Fall. Das hat Karl Marx nicht getan, das tun wir nicht, sondern wir untersuchen die objektive Wirklichkeit. Und sie sieht nun einmal etwas anders aus als das Bild, das Georg Leber uns vorzugaukeln versucht.

Genosse R.: Gerade die objektive Wirklichkeit besagt doch, daß die große Masse der Bevölkerung in der Bundesrepublik, wie es im DGB-

Grundsatzprogramm heißt, von dem Verkauf ihrer Arbeitskraft leben muß — ihre einzige Einkommensquelle — und daß sie keine Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hat. Eine Tatsache ist auch, daß eine ganz kleine Gruppe von Konzernmilliardären, von Großkapitalisten Besitz und Macht in ihrer Hand haben und sich den Löwenanteil des gesellschaftlichen Reichtums in ihre Tasche stecken.

Genosse H.: Wir Kommunisten sind keinesfalls dagegen, daß jemand dicke Zigarren raucht. Wir sind aber dagegen, daß eine kleine Schicht, eine Handvoll Konzernmilliardäre, wie bereits gesagt wurde, über den gesellschaftlichen Reichtum verfügt. Wir sind dagegen, daß ihre ökonomische Macht zu immer größerer politischer Macht wird.

904: Interessant ist, was der Metallvorsitzende Otto Brenner in der fraglichen Fernsehsendung gesagt hat. Er trifft dieselben Feststellungen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse in der Bundesrepublik:

„Man sucht heute so zu tun, als sei die ungerechte Vermögensverteilung eine Fehlentwicklung der sogenannten Marktwirtschaft, die schleunigst korrigiert werden müsse. Für die Korrektur sind wir durchaus. Aber um eine Fehlentwicklung handelt es sich dabei nicht. Die gegenwärtige ungerechte Eigentumsverteilung ist vielmehr das folgerichtige Ergebnis eines Wirtschaftssystems, das auf den Marktgesetzen und auf dem privaten Gewinnstreben beruht. Weil wir das erkannt haben, wissen wir auch, daß eine wirkliche Korrektur nicht durch Maßnahmen wie etwa die Sparförderung durch das 312-D-Mark-Gesetz bewirkt werden kann. Trotzdem sind wir nicht gegen Tarifverträge zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Aber selbst wenn dies durchgesetzt werden kann, sind wir dem Ziel einer gerechten Verteilung des Vermögens

erst einen winzigen Schritt näher gekommen. Denn die Beträge, die sich beim einzelnen Arbeitnehmer sammeln, sind im Vergleich zu den Riesenvermögen der Unternehmer lächerlich gering. Die aktive Lohnpolitik behält nach wie vor ihr Gewicht.“

Genosse H.: Ich glaube, daß diese Einschätzung, wie sie Otto Brenner hier gibt, der wirklichen Lage entspricht und auf der Grundlage des DGB-Grundsatzprogramms erfolgt. Während auf der anderen Seite die Äußerungen von Georg Leber gegen das DGB-Grundsatzprogramm gerichtet sind. Er sagt Kommunisten und meint in Wirklichkeit die Grundgedanken des DGB-Grundsatzprogramms.

Genosse R.: Bei diesem Gedanken sollten wir einen Augenblick verweilen. Im Grundsatzprogramm des DGB ist die Aufgabe gestellt, das bereits gebildete Vermögen umzuverteilen und eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik zu verfolgen. Bei Lebers Vertrag über die Vermögensbildung kann man nicht davon sprechen, daß hier die alten Besitz- und Machtverhältnisse geändert werden — oder anders ausgedrückt —: das bereits gebildete Vermögen unverteilt wird. Nicht einmal das Vermögen, das die Unternehmer täglich neu bilden, wird gerechter verteilt, sondern damit wird die Macht, die ökonomische und politische Macht der Unternehmer nur noch gestärkt.

904: Fassen wir erst einmal zusammen: Erstens, die alten Besitz- und Machtverhältnisse werden nicht, wie das die Gewerkschaften fordern, durch diesen Vertrag verändert. Zweitens, das bereits gebildete Vermögen wird nicht umverteilt. Drittens, der Vertrag entspricht nicht den Forderungen einer aktiven Lohnpolitik der Gewerkschaften. Bleibt die Frage, warum nicht. Das müssen wir, glaube ich, durch konkrete Fakten belegen.

Für einen höheren Anteil am Sozialprodukt

Genosse R.: Die „aktive Lohnpolitik“, wie sie die Gewerkschaften im Grundsatzprogramm fordern, beinhaltet, den Kampf für einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu führen. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften

in jedem gegebenen Augenblick die ganze Kraft einsetzen, um das Höchstmögliche herauszuholen. 1962 hat Leber selbst einmal gesagt, „holt heraus, was Ihr bekommen könnt“. Jetzt, bei diesem Tarifvertrag, wurde hinter

verschlossenen Türen verhandelt, wurde das Licht der Öffentlichkeit gescheut, wurden die Bauarbeiter nicht gefragt, welches ihre Meinung zu diesem Tarifvertrag ist.

Genosse H.: Überhaupt ist das eine der undemokratischen Praktiken von Georg Leber, daß er immer wieder versucht, die Mitgliedschaft aus der Diskussion herauszuhalten, sie vor vollendete Tatsachen zu stellen.

904: Kommen wir auf den Kern des Leberschen Vermögensbildungsplans zurück! Er hat den Bauarbeitern vor einigen Monaten versprochen, er werde mit seinem Plan die ungerechte Vermögensverteilung verändern. Der Bauarbeiter solle Mitbesitzer von Produktionsmitteln werden. Wird der Bauarbeiter jetzt nach Abschluß des Tarifvertrages — die konkrete Frage — wird er auch nur in etwas Mitbesitzer an den Produktionsmitteln?

Genosse H.: Da muß man ganz einfach sagen: Nein. Wie sieht das im einzelnen aus? Der Bauarbeiter soll für jede geleistete Arbeitsstunde zwei Pfennig zwangssparen. Die Bauunternehmer sollen dann neun Pfennig hinzuzahlen, also insgesamt elf Pfennig. Summiert man das für ein Jahr, so sind das 193 Mark und einige Pfennige.

904: Kann er sofort darüber verfügen?

Genosse R.: Nein, er kann erst nach fünf Jahren darüber verfügen. Diese Gelder sind inzwischen bei den Sparkassen angelegt, bei anderen Kreditinstituten, und die Unernehmer haben in der Zeit die Möglichkeit, mit diesen Geldern zu wirtschaften.

904: Was hat denn der Bauarbeiter nach Ablauf dieser fünf Jahre zu sammengespart? Ist das bereits „Vermögen“?

Genosse H.: Leber sagt, daß der Bauarbeiter unter besonders günstigen

Bedingungen, wenn er nicht krank wird, wenn er kein Schlechtwettergeld in Anspruch nehmen muß, wenn er nicht arbeitslos wird — diese neun Pfennig werden ja nur für jede geleistete Arbeitsstunde gezahlt — daß er dann auf seinem Konto 1300,— Mark haben würde.

904: Nach fünf Jahren!

Genosse H.: Aber über diesen Betrag kann er nicht voll verfügen. Nach fünf Jahren ist nur jene Summe verfügbar, die im ersten Jahr auf dem Konto aufgelaufen ist. Und das sind knapp 200 Mark, da heißt die Maus keinen Faden von ab. Das wird nicht mehr.

904: Also, wenn er sich etwa in fünf Jahren ein neues Auto kaufen wollte, hätte er gerade das Geld verfügbar, um sich einen Satz Reifen anzuschaffen.

Genosse R.: Die vollen 1300 Mark sind erst nach Ablauf von neun Jahren verfügbar. Jedes Kind weiß aber, daß man dafür kein neues Auto kaufen kann.

Doch noch ein anderer Vergleich. Im vergangenen Jahr konnte in der metallverarbeitenden Industrie ein Urlaubsgeld durchgesetzt werden. Es beträgt 30 Prozent des Monatslohns. Das sind etwa 250 Mark, die jeder Metallarbeiter sofort auf die Hand bekommt. Oder nehmen wir die eisen-schaffende Industrie. Vor kurzem wurden dort Sonderleistungen in Höhe von 50 Prozent eines Monatseinkommens tarifvertraglich gesichert. Das sind etwa 400 Mark, über die der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie verfügen kann.

904: Ohne die Bedingungen, wie sie im Fall der Bauindustrie in diesem Vermögensbildungsplan damit verknüpft sind.

Genosse R.: Ohne diese Bedingungen!

Für eine aktive Lohnpolitik

Genosse H.: Wir müssen doch ganz klar sehen, welche Möglichkeiten die Arbeiter heute in der Bundesrepublik haben, um ihre Lebenslage nachhaltig zu verbessern. Wir leben in einer Periode der schnellen wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Die Arbeits-

produktivität steigt enorm; überhaupt in der Bauindustrie. Die Gewerkschaften müssen sich doch neue Ziele stellen. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß bei einem entschlossenen Kampf bis Ende 1970 die Bauarbeiter mindestens eine 50prozentige

Realloohnerhöhung durchsetzen können. Das bedeutet aber, wenn man den heutigen Durchschnittslohn von knapp 9000 Mark jährlich in der Bauindustrie zugrunde legt, daß dann im Jahre 1970 die Bauarbeiter über 13 500 Mark verfügen würden, daß sie also viereinhalb Tausend Mark mehr im Jahr an Lohn erzielen könnten als gegenwärtig.

904: Allerdings nur bei einer aktiven Lohnpolitik.

Genosse R.: Das versteht sich!

Was hat jedoch Georg Leber demgegenüber zu bieten? Er will, daß die Unternehmer neun Pfennig zahlen. Und dafür sollen die Bauarbeiter in der weiteren Entwicklung auf Tausende Mark verzichten. Man darf sich deshalb auch gar nicht wundern, daß sowohl das Bundesarbeitsministerium, als auch die Unternehmerblätter, wie der „Industriekurier“, lauthals über den Tarifabschluß in der Bauindustrie gejubelt haben.

Genosse H.: Vielleicht sollten wir noch hinzufügen, daß sich besonders fatal der Verzicht auf die ursprünglich bereits vereinbarte weitere Arbeitszeitverkürzung auswirkt, der in diesem Tarifvertrag noch enthalten ist. Die freiwillige Verzichtserklärung Georg Lebers auf die Arbeitszeitverkürzung ist für die Bauunternehmer ein Bombengeschäft. Sie brauchen in den kommenden zweieinhalb Jahren für 150 Arbeitsstunden keinen Lohnausgleich zu zahlen. Das sind je Bau-

arbeiter 600 Mark. Hinzu kommt, daß in diesen 150 Stunden ja gearbeitet wird und die Bauunternehmer ein mehrfaches dieses Betrages von 600 Mark an Profit kassieren.

Genosse R.: Also, die neun Pfennig, die sie zahlen sollen, haben sie schon auf Jahre hinaus doppelt und dreifach verdient.

Wir wollen unterstreichen, daß zusätzliche Zahlungen zum Lohn — in Form eines bestimmten Betrages innerhalb eines Jahres — begrüßt werden können. Ein Beitrag zur Vermögensbildung sind sie nicht. Sie sind ein Weg, den die Arbeiter beschreiten können, um ihre Lage zu verbessern. Vorausgesetzt, daß nicht solche Bedingungen daran geknüpft sind, wie im Fall des Tarifvertrages für die Bauindustrie und das Baugewerbe. Auf keinen Fall aber können sie den Kampf um mehr Mitbestimmung, um echte Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ersetzen.

904: Wir konnten natürlich nicht alle Aspekte dieses Problems erörtern. Ich glaube aber, daß wir von dieser Stelle aus den Bauarbeitern die Empfehlung geben sollten, sich ernsthaft mit diesem Tarifvertrag und der ihm zugrunde liegenden Gewerkschaftspolitik auseinanderzusetzen. Der gewerkschaftspolitischen Konzeption Lebers und den Praktiken, die auf diese Weise in die Gewerkschaften eingeschleust werden sollen, muß man auf alle Fälle energisch entgegentreten.

Neue Momente in der Taktik des Gegners im Kampf gegen unsere Partei, gegen alle demokratischen Kräfte

VON HELMUT KRÜGER

Die verstärkte Orientierung unserer Partei auf die legale Massenarbeit hat bei unseren Feinden große Beunruhigung hervorgerufen. Sie fürchten den wachsenden Einfluß und die Festigung der Partei.

Die Ereignisse der letzten Monate beweisen den hohen Wert der Öffentlichkeitsarbeit zur Abwehr des Gesinnungsterrors, der Versuche der Anwerbung von Informanten durch die „Ämter für Verfassungsschutz“,

von Beobachtungen und andere Machenschaften des Gegners, die schwere Eingriffe in die im Grundgesetz verankerten Rechte darstellen. Diese rechts- und verfassungswidrigen Handlungen sind ein beredter Ausdruck für das Dunkelmännertum der „Staats- und Verfassungsschützer“. Das wurde deutlich mit der Telefonabhörraffäre und der Verletzung des Briefgeheimnisses. Indem diese Vorgänge durch den „Deutschen Freiheits-

sender 904" und den Deutschlandsender, aber auch durch bürgerliche Zeitungen und Illustrierte in die breite Öffentlichkeit gelangten, erlitten der sogenannte „Staatsschutz“ und „Verfassungsschutz“ einen gewaltigen Prestigeverlust und standen im Kreuzfeuer der Kritik. Hinzu kommen die beiden „Panorama-Sendungen“ mit ihrer massiven Kritik an der politischen Gesinnungsjustiz und weitere Enthüllungen in der Presse. Die fortschrittlichen Zeitungen und auch viele Betriebszeitungen unserer Partei haben mit ihren Enthüllungen erheblich dazu beigetragen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik und des Auslandes erhielt Kenntnis von dem grundgesetzwidrigen Verhalten der Bundes- und Länderregierungen und von dem antidemokratischen Treiben ihrer Exekutiv- und Schnüffelorgane.

Der Bonner Innenminister Höcherl sah sich genötigt, vor Pressevertretern zu erklären:

„Es ist unmöglich, daß man zuläßt, Angehörige des Staats- und Verfassungsschutzes als Gestapo, als Schnüffler, als Horcher usw. zu beschimpfen. Das alles hat dazu geführt, daß die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes selbst beim Besuch von Behörden auf eine gläserne Wand stoßen, angepflaumt und schockiert werden.“

Welche Schlüsse haben die Verantwortlichen in Bonn aus diesen Vorkommnissen gezogen?

Wer denkt, daß die Schnüffelei, das Abhören der Telefongespräche und die Verletzung des Briefgeheimnisses ein Ende haben, ist im Irrtum. Was Höcherl dazu versprochen ist Lug und Trug.

Die Telefonleitungen des Bundestages und Bundesrates werden ebenso weiter abgehört wie die des Bundesvorstandes des DGB in der Düsseldorfer Stromstraße, der Bonner Baracke des Parteivorstandes der SPD und des Vorstandes der IG Metall. Unter Kontrolle stehen auch die Privattelefone und die Post von Otto Brenner, Heinz Dürrbeck und vielen anderen. Der Zweck der Bespitzelung ist, diese Abgeordneten, Beamten, SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre, falls sie politisch unbequem werden, zu diffamieren und

unter Druck zu setzen. Dazu ist sogar eine besondere Abteilung der Sicherungsgruppe Godesberg im Bundestagshaus etabliert, um in den Wandelgängen und im Bundestagscafé, selbst private Gespräche zu belauschen und skrupellos auszunutzen. Eines ist beachtenswert. Der vor Jahren mit großem Aufwand verkündete und ohne Ergebnis gebliebene „offensive und objektive Verfassungsschutz“ soll neu belebt werden. Eine Anzahl von „Verfassungsschützern“ wird aus der Anonymität auftauchen und um Mitarbeit werbend durch die Lande ziehen.

Der Innenminister von Schleswig-Holstein, Dr. Hartwig Schlegelberger, Sohn des ehemaligen Reichsjustizministers unter Hitler. Franz Schlegelberger, beklagte auf einer Pressekonferenz, daß die Bereitschaft mitzuarbeiten nachgelassen habe. Er erklärte, die Mitarbeit breiter Kreise der Bevölkerung sei eine unerläßliche Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken des Verfassungsschutzes. Dreist behauptete er, in Schleswig-Holstein wären die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes absolut integer und aus der Zeit vor 1945 nicht belastet. Seine eigene Vergangenheit als Land- und Kriegsgerichtsrat in Hitlers Diensten unterschlägt er geflissentlich.

Der ganze Inhalt des „offensiven Verfassungsschutzes“ besteht darin, daß sich der Verfassungsschutz ein breites Heer von Denunzianten schaffen möchte. Nach faschistischer Manier wird der Bevölkerung eine Bespitzelung der Arbeitskollegen, Nachbarn und sogar der Familienangehörigen zugemutet.

Mit diesen schmutzigen Absichten haben sie jedoch keinen Erfolg. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt jede Bespitzelung ihrer Mitbürger ab. In vielen Fällen wurden die Betroffenen davon informiert, daß der Verfassungsschutz sich für sie interessiert und welches Ansinnen er stellte. Mit der stärkeren öffentlichen Kritik an den Praktiken des Verfassungsschutzes hat diese Ablehnung der Bevölkerung noch zugenommen und führt direkt zu Bekundungen der Verachtung und der Feindschaft gegenüber den Spitzeln.

Die Ursachen für Veränderungen in der Taktik des Gegners

Dieselben Leute, die oft große Worte von der Bedeutungslosigkeit und einem angeblich geringen Einfluß der Kommunisten in der Bundesrepublik im Munde führen, haben sich immerhin auf den letzten vier Konferenzen der Innenminister der Länder eingehend mit den Fragen des KPD-Verbots, der Wiedermehrung und der Tätigkeit der KPD beschäftigt. Nach Äußerung von Höcherl wird das auch das Hauptthema der nächsten Innenministerkonferenz in Westberlin sein. Die Innenminister kamen unter dem Druck der Proteste in der Bundesrepublik und im Ausland, durch das Eintreten vieler prominenter Persönlichkeiten und das Anwachsen der Petitionsbewegung für die Aufhebung des KPD-Verbots überein, daß einige Änderungen dringend notwendig wären. Dabei legten sie fest, die Beobachtungstätigkeit zu verstärken und alles zu versuchen, in die Partei einzudringen. Sie sprachen sich für einheitliche Strafen und den Wegfall von Nebenstrafen aus. Verhaftungen sollen nur bei sogenannter Rädelsführerschaft oder schwerwiegenden Fällen vorgenommen werden. Zweifellos haben dabei auch die Telefon- und Briefaffären, der Skandal um die ehemaligen Gestapooffiziere im Bundesamt für Verfassungsschutz, die Verjährungsdebatten und die skandalösen Freisprüche von Kriegsverbrechern eine wesentliche Rolle gespielt. Ebenso wirkten die zahlreichen Enthüllungen über die Durchsetzung des westdeutschen Staatsapparates mit alten Nazis und die ständige Entlarvung der antidemokratischen Machenschaften der Organe der Bonner Regierung. Von großer Bedeutung für die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ist die Entwicklung der DDR, wo die Kriegs- und Naziverbrecher längst ihre gerechte Strafe erhalten haben. Dabei

hat die DDR durch die Enthüllungen über solche Naziverbrecher wie Oberländer, Globke, Fränkel, die Blutrichter usw. einen wichtigen Beitrag geleistet.

Schließlich sind die Erklärungen der Innenminister ein Eingeständnis des Versagens der alten Taktik im Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte. Mit ihren Terrormaßnahmen haben sie die Tätigkeit unserer Partei nicht nur nicht unterbinden können, sondern sind mit ihren anrüchigen und allzu bekannten Methoden immer mehr auf Kritik, Protest und Widerstand gestoßen. Die auszogen, um unsere Partei zu vernichten, sind auf einmal selbst genötigt, sich zu verteidigen und zu rechtfertigen. Kennzeichnend für ihre prekäre Situation sind die Ausführungen des niedersächsischen Innenministers Benne mann vor dem Landtag am 10. Dezember 1964: „Bei all den Methoden der ‚offenen Arbeit‘ legen die Kommunisten größten Wert darauf, die Steuerung durch die illegale KPD und jeden organisatorischen Zusammenhang sorgfältig zu verbergen. Deshalb treten bei der offenen Arbeit fast immer nur Einzelpersonen in Erscheinung, die von ihren Grundrechten Gebrauch machen. Die Kommunisten führen seit Monaten in der Bundesrepublik eine Kampagne gegen Justiz- und Polizeibeamte. Sie arbeiten dabei mit Dienstaufsichtsbeschwerden, Strafanzeigen und Eingaben an die Parlamente, um den betroffenen Beamten dienstlich und persönlich Schwierigkeiten zu bereiten. Damit soll auch erreicht werden, daß die Beamten müde werden und ihre Versetzung beantragen. Auch ihre Kollegen sollen dadurch eingeschüchtert werden, um sie an der pflichtgemäßen Ausübung ihres Dienstes zu hindern.“

Die Methoden Bonns sind die alten geblieben: auch weiterhin außerhalb des Grundgesetzes

Jeder Gegner der offiziellen Bonner Politik wird diffamiert und soll ausgeschaltet werden. Höcherl nahm selbst seine durch die Nazivergangenheit belasteten Schnüffler in Schutz und erklärte kaltschnäuzig, man könne

ihnen nicht zumuten, immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm umherzulaufen. Um unsere Partei, die konsequenteste Kraft im Kampf für Frieden und Demokratie, zu behindern, verstärken die Schnüffler ihre

Beobachtungstätigkeit. Sie hat zum Ziel, die Verbindungen festzustellen und die Leitungen zu erkunden. Mit der Anwendung der sogenannten „Schocktherapie“ soll durch offen ausgeübte Beobachtungen Unruhe in die Organisation getragen und die Arbeit der Partei gestört werden. Doch die „Schocktherapie“ soll nicht nur unsere Genossen, sondern alle Bürger einschüchtern. Zu ihr gehört auch das demonstrative Fotografieren und Filmen beim Ostermarsch, gehören die verschiedenen Methoden, auch Nichtkommunisten, die gegen die Regierungspolitik auftreten, einzuschüchtern. Die Beobachtung nicht nur der Kommunisten, sondern aller, die gegen die atomare Aufrüstung, für Frieden und Verhandlungen auftreten, gehört zu den Vorbereitungen für die Notstandsdictatur, für den Ausnahmezustand, den die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik mit Hilfe der Notstandsgesetze zu jedem ihnen genehmen Zeitpunkt verhängen wollen. Denn in den Notstandsgesetzen haben sie sich die Möglichkeit der „Schutzhaft“ wieder geschaffen.

Obwohl ihre Versuche in die Partei einzudringen fehlgeschlagen sind, verstärken sie ihre Anstrengungen, Informanten in die Partei und in fortschrittliche Organisationen zu schicken oder in ihnen zu gewinnen. So wurden einem Hafenarbeiter aus B. sofort 2000 DM und fortlaufend monatlich 500 DM für eine schmutzige Spitzeltätigkeit geboten. In einem anderen Fall in K. drohten die Spitzelwerber dem Genossen mit dem Verlust der Arbeitsstelle. Ganz gleich, ob es die Schnüffler mit Schmeichelei, Drohungen oder Bluff versuchen, ist es richtig, jedes Gespräch mit solchen Agenten abzulehnen und sie in der Öffentlichkeit, möglichst mit Namen, Beschreibung und näheren Einzelheiten anzuprangern. Diese dunklen Elemente fürchten die Öffentlichkeit wie die Ratten das Licht.

Richtig reagierten auch die Genossen der Betriebsgruppe „Ewald-Fortsetzung“ in Erkenschwick, als sie kurze Zeit nach einer Razzia der politischen Polizei bei mehreren Kumpels ihrer Schachanlage eine

Sonderausgabe ihrer Betriebszeitung „Der Ewald-Kumpel“ herausbrachten. Die Schnüfflerkommandos hatten den „Ewald-Kumpel“ gesucht, aber nicht gefunden. Dafür beschlagnahmten sie die örtliche Kasse der IG Bergbau und Energie. Die Genossen stellten daher in der Betriebszeitung heraus: „Die Nacht- und Nebelaktion in Erkenschwick hat gezeigt: Die Notstandsmaßnahmen sind in der Hauptsache gegen die Arbeiter und die Gewerkschaft gerichtet. Mit der Beschlagnahme der Gewerkschaftskasse fängt es an, mit dem Verbot der Gewerkschaft hört es auf.“

Der Gegner versucht, seine Tätigkeit durch die Verstärkung und Reorganisation seines Apparates zu forcieren. Dabei geht es nicht nur um finanzielle und personelle Verstärkung, sondern auch um die Dezentralisierung der politischen Kripo, die in den Landeshauptstädten begonnen wurde.

Der Hauptweg, auch dieser neuen Taktik des Gegners ein Fiasko zu bereiten und die Legalität unserer Partei zu erzwingen heißt, noch mehr in die Öffentlichkeit zu gehen und die legale Massenarbeit zu verstärken. Jeder Kommunist sollte jede Möglichkeit, öffentlich aufzutreten, nutzen und dabei auch gegen solche Maßnahmen des Gegners wie Beobachtungen, Erpressungen u. a. den Kampf führen. Was wir heute vor allen Dingen brauchen, sind, wie schon Lenin sagte, „legale Agitatoren, die unter den Arbeitern so zu reden verstehen, daß sie hierfür unmöglich gerichtlich belangt werden können, die es verstehen, nur a zu sagen und es den anderen überlassen, b und c zu sagen.“¹⁾

Die geschickte Verbindung von legaler und illegaler Tätigkeit hilft, unseren Einfluß zu vergrößern und gewährt uns einen gewissen Schutz vor den Polizei- und Justizorganen. Wir dürfen jedoch den Kampf um die Legalität der Partei und legales Auftreten von Genossen nicht mit der Legalität gleichsetzen. Für die Sicherung der illegalen Parteiorganisation ist deshalb die strenge Einhaltung der Regeln der Konspiration von größter Wichtigkeit. Besonders gilt es

¹⁾ Lenin Bd. 2, S. 352, Dietz Verlag 1961.

den Kampf gegen eine leichtfertige Schwatzsucht zu führen und die Erziehung aller Genossen zur revolutionären Wachsamkeit zu verstärken.

Unsere Partei kann nur dann ihrer historischen Aufgabe gerecht werden, wenn unsere Organisation ständig gefestigt und gestärkt wird. Das Ergebnis des Karl-Liebknecht-Aufgebots hat bewiesen, daß große Möglichkeiten bestehen, der Partei neue Mitglieder zuzuführen. Je stärker auch zahlenmäßig unsere Partei wird, umso schwerer für den Gegner, der Partei zu schaden.

In dem Kampf gegen die antidemokratischen Maßnahmen der Erhard-Regierung stehen wir nicht allein. Weil sich diese Maßnahmen nicht nur

gegen uns Kommunisten sondern gegen alle demokratischen Kräfte richten, werden es ständig mehr, die den Polizeistaatsmethoden Widerstand entgegensetzen. Ein Beispiel dafür ist der Protest des Frankfurter SPD-Landtagsabgeordneten und Pressechefs des hessischen DGB, Philipp Pleß, gegen die rechtlich unzulässigen und gesetzwidrigen Heckenschützenmethoden des Verfassungsschutzes beim Fotografieren der Teilnehmer des Ostermarsches. Solche Methoden sind, wie der Leiter des Frankfurter Kabarets „Schmiere“ richtig kritisierte: „Gestapomethoden, Verletzung der im Grundgesetz garantierten, unantastbaren Menschenwürde und vorweggenommene Notstandsgesetzgebung“.

Unsere politischen Aufgaben über die Grundeinheiten verwirklichen

VON DIETER SCHNEIDER

In der jüngsten Vergangenheit hat die Partei es besser verstanden, die vor ihr stehenden politischen und organisatorischen Aufgaben zu lösen. In zunehmendem Maße haben sich die Grundorganisationen der Partei an den Aktionen gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, gegen die Notstandsgesetze und des schmutzigen Kriegs des amerikanischen Imperialismus in Vietnam beteiligt.

Die durchgeführten Generalmitgliederversammlungen in den Grundorganisationen spielten bei dieser Entwicklung der Parteiarbeit eine wichtige Rolle.

Jetzt stehen wir im Wahlkampf, der uns gute Möglichkeiten bietet, den Prozeß zur selbständigen politischen Arbeit aller Grundorganisationen weiterzuentwickeln und die wertvollen Erfahrungen bei der Lösung der vor uns liegenden Aufgaben auszuwerten. Eine der Erfahrungen ist, daß dort die Grundorganisationen politisch und organisatorisch gefestigt wurden, wo sie sich aktiv an Aktionen beteiligten. Mit der Lösung der politischen Aufgaben sollte alles geschehen, die Partei politisch-ideologisch und auch organisatorisch zu stärken.

Klarheit über die Politik der Partei schaffen!

Am Anfang einer jeden Aufgabe für die Parteiorganisation müssen die Leitungen in allen Grundorganisationen Klarheit über die auf der 4. ZK-Tagung und die im Wahlprogramm entwickelte Politik schaffen. Das ist die Voraussetzung dafür, unsere Genossen zu befähigen, die richtigen politischen Schwerpunkte für ihre Grundorganisation zu erarbeiten und Maßnahmen zu beschließen, um

mit legalen Mitteln und Methoden in der Öffentlichkeit wirksam zu werden.

Ohne Diskussion der Politik im Kollektiv der Grundorganisation, ohne konkrete Verteilung der Aufgaben für jeden Genossen zur Verwirklichung der Beschlüsse kann die Partei ihre Aufgabe niemals erfüllen. Oft ist es ein Mangel in der Arbeit der Grundorganisationen, daß sie zusammenkommen und die Politik diskutieren,

jedoch keine Schlußfolgerungen ziehen und keine Aufgaben aus der Diskussion heraus festlegen. So gibt es in vielen Grundorganisationen Diskussionen um die Aggression der amerikanischen Imperialisten in Vietnam, jedoch nur ein Teil der Grundorganisationen reagierte unmittelbar

in der Öffentlichkeit durch irgendeine Form des Protestes.

Ein unmittelbares sichtbares Reagieren auf Ereignisse ist aber Ausdruck der Selbständigkeit und des Verantwortungsbewußtseins einer Grundorganisation in ihrem Wirkungsbereich.

Nach einem Arbeitsplan arbeiten!

In unserem Wahlprogramm sind in dem Abschnitt „Wen soll man wählen“ drei Fragen formuliert, die wir den Kandidaten aller Parteien stellen. Entsprechend ihrer Antwort werden wir die Wahlentscheidung fällen. Der Inhalt dieser Fragen deckt sich völlig mit den Interessen der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen.

Richtig handelten Genossen einer Betriebsgruppe in einer norddeutschen Stadt, die sich für den Wahlkampf einen Arbeitsplan ausarbeiteten. In diesem Plan hat sie festgelegt, wie sie die Arbeiter des Betriebes über die Notstandsgesetze aufklären, sie für den Kampf um die Legalität der Partei gewinnen und wie sie die Zusammenarbeit insbesondere mit den SPD-Genossen gestalten will. Um die Diskussion zu fördern, wollen die Genossen ihre Betriebszeitung regelmäßig herausgeben. In der nächsten Nummer beginnen sie Absätze des Wahlprogramms unserer Partei zu veröffentlichen. Auf die Betriebszeitung legen die Genossen besonderen Wert. Sie sagen, während der Arbeitszeit, selbst in den kurzen Pausen, kann man kaum diskutieren, darum muß die Betriebszeitung unbedingt regelmäßig erscheinen. Desweiteren führen sie mit den Kollegen Stubenversammlungen durch. Jeder Genosse schafft so um sich einen bestimmten Kreis von Kollegen, mit

denen er auch außerhalb des Betriebes diskutiert und mit ihnen gemeinsam an politischen Veranstaltungen und Aktionen teilnimmt. Diese zielstrebige und planmäßige Arbeit muß sich in allen Grundorganisationen der Partei durchsetzen, wobei jede Grundorganisation ihre eigene Kraft und Möglichkeiten des legalen Wirkens einschätzen muß.

Besonders jetzt im Wahlkampf stehen unsere Betriebsgruppen vor großen Aufgaben. Gilt es doch, einen neuen Bundestag zu wählen, der eine neue Politik praktiziert, die dem Frieden, der Verständigung und der Abrüstung dient und somit den Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen entspricht.

Die Bundestagskandidaten müssen darum mit den gewerkschaftlichen Beschlüssen gegen jede Form der Atombewaffnung, gegen jede Notstandsgesetzgebung und für Abrüstung und soziale Aufrüstung bekanntgemacht werden.

Vor dem Vertrauensmännerkörper, vor der Delegiertenversammlung sollen die Kandidaten aller Parteien ihre Politik darlegen. Dann werden die Arbeiter auf der Grundlage der Gewerkschaftsbeschlüsse sich für die richtige Politik entscheiden können und auch für die richtige Partei.

Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse tragen!

Die Betriebsgruppen sind die wichtigsten Grundorganisationen der Partei. Ihre Entwicklung zur selbständigen Arbeit bei der Verwirklichung der Politik der Partei sowie ihre laufende Stärkung durch Werbung neuer Mitglieder müssen alle Leitungen als ihre Hauptaufgabe betrachten. Wir sind die Partei der Ar-

beiterklasse und müssen darum auch den Schwerpunkt unserer Arbeit in den Betrieben haben und unsere Partei ständig durch die Aufnahme der besten Arbeiter stärken.

In den Betrieben merken die Arbeiter am eigenen Leib, daß es trotz aller Phrasen der Regierung und einiger SPD-Führer Klassen, Klassenkampf

und Ausbeutung gibt. Wir haben als Kommunisten die Pflicht, diese Erkenntnisse der Arbeiter entsprechend unserer Theorie zu vertiefen. Darum treten wir in den Belegschaftsversammlungen, im Vertrauenskörper und auf anderen Versammlungen aktiv auf und sagen unsere Meinung. Als gute Gewerkschafter setzen wir uns stets für die Interessen unserer Kollegen ein.

Mit den sozialdemokratischen Genossen und ihren Betriebsgruppen sollten wir die Zusammenarbeit in allen politischen und gewerkschaftlichen Fragen, Kampf gegen die atomare Aufrüstung, gegen Notstandsgesetze und für die Durchsetzung des DGB-Aktionsprogramms entwickeln.

Jeder Genosse aktiv in seiner Betriebsgruppe!

Jeder Genosse wird einsehen, daß er auf sich allein gestellt, es im Betrieb schwer hat und lange nicht so wirksam sein kann, als wenn eine gute Betriebsgruppe existiert. Ohne ihre Existenz kann es keine zielbewußte Arbeit geben, können die großen und oft komplizierten Probleme und Aufgaben schwerlich gelöst werden.

Für die gute Arbeit einer Grundorganisation ist es notwendig, daß sie eine Leitung hat oder einen Sekretär der Grundorganisation. In großen Grundorganisationen, die in Parteigruppen unterteilt sind, sind Leiter der Parteigruppen erforderlich. Es ist Ausdruck der Demokratie in unserer Partei, daß unser Statut trotz Illegalität empfiehlt, den Sekretär der Grundorganisation bzw. den Parteigruppenleiter zu wählen. Ohne eine Leitung, das zeigt die Praxis, fühlt sich meist keiner für die Arbeit verantwortlich und es bleibt dem Zufall überlassen, wann die Grundorganisation zusammenkommt.

Wir haben Tausende junge Genossen seit 1962 in die Partei aufgenommen. Aus ihrem Kreis müssen wir die Mitglieder für Leitungen, Sekretäre für Grundorganisationen und Parteigruppenleiter auswählen und ihnen Hilfe und Unterstützung geben. Auf diesem Wege lernen sie „von der

Kommunisten und Sozialdemokraten haben gemeinsame Interessen in allen diesen Grundfragen. Es hängt von unserer Initiative ab, daß diese gemeinsamen Interessen auch in gemeinsamen Aktionen vertreten werden.

Bei den hinter uns liegenden Betriebsrätewahlen haben viele Betriebsgruppen durch ihre prinzipiellen Diskussionen und gute Zusammenarbeit mit SPD-Betriebsgruppen bzw. mit einzelnen SPD-Genossen, Spaltungsversuche gemeinsam abgewehrt und gewerkschaftliche Einheitslisten durchgesetzt. Dieses einheitliche Handeln in der Aktion stärkt das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse.

Pike“ an und werden sich zu guten erfahrenen Funktionären entwickeln.

Um eine gute selbständige Arbeit entwickeln zu können, ist es notwendig, daß die Genossen das „Freie Volk“, „Wissen und Tat“ sowie den „Deutschen Freiheitssender 904“ regelmäßig für ihre Arbeit nutzen. In „Freies Volk“ werden die Beschlüsse der Partei veröffentlicht, sagt die Partei ihre Meinung zu den aktuellen politischen Ereignissen und Problemen. Darüber hinaus vermittelt das „Freie Volk“ Beispiele aus der Parteiarbeit anderer Grundorganisationen, die die eigene Arbeit verbessern helfen. Die Genossen aus den Grundorganisationen sollten sich stärker an der Gestaltung von „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“ beteiligen und über ihre Erfahrungen in der Parteiarbeit berichten.

Selbständig arbeiten heißt, auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei arbeiten; heißt, die Beschlüsse des ZK im Bereich der Grundorganisation anwenden und verwirklichen. Dazu braucht jeder Genosse unbedingt „Freies Volk“. Auf diesem Wege sichert die Partei auch das einheitliche Wollen und Handeln aller Parteiorganisationen in der Bundesrepublik.

Die Entwicklung der selbständigen Arbeit aller Grundorganisationen muß als ein Prozeß betrachtet werden.

Alle Genossen und Leitungen sollten in der Parteiarbeit das Statut benutzen, dann wird der Prozeß schneller verlaufen und wir erreichen dann das im Statut, Absatz 19, gesteckte Ziel:

„Alle Parteiorganisationen sind in ihrem Wirkungskreis auf der Grundlage der Generallinie der

Partei und der Beschlüsse des ZK selbständig.

Dabei ist es besonders wichtig, für die Durchführung der Beschlüsse und für die Verwirklichung der Politik der Partei mit höchster politischer Verantwortung stärkste Eigeninitiative zu entfalten.“

Zu den Ereignissen in der Dominikanischen Republik

Im Schatten des „großen Knüttels“*

An einem Apriltag warfen 30 Transportflugzeuge des Musters C-124 Globemaster im Morgengrauen 1700 Fallschirmjäger der 82. amerikanischen Luftlandedivision auf einen Raum ab, der zugleich von 3000 Marineinfanteristen angegriffen

wurde. Ein Teil der letzteren wurde von der See aus gegen die Küste geworfen, der andere von Hubschraubern, die auf die Flugzeugträger „Boxer“ und „Guadalcanal“ gestützt waren, an den Flanken und im Rücken des „Gegners“ ausgesetzt.

I

Welchen Charakter die jetzige Entwicklung in der Dominikanischen Republik tragen, wie sich das politische Leben in San Domingo gestalten und wie die gegenwärtige Krise auch ausgehen mag, muß schon heute eine Tatsache von größter Bedeutung vermerkt werden: Die Erhebung gegen das volksfeindliche Regime begann im Heer. Das ist wichtig, weil gerade das Heer die Hauptstütze des Tyrannen Trujillo war und vom Pentagon als zuverlässiger Garant der Wall-Street-Belange in San Domingo betrachtet wurde. Und da erhoben sich überraschenderweise gerade Heeresoffiziere gegen das Triumvirat, das als spanische Wand für das Militär- und Polizeiregime in der Republik diente. Und sie erhoben sich nicht nur selbst, sondern bieten auch die Volksmassen zum Kampfe auf.

Die Heeresoffiziere, die am 24. April das Triumvirat stürzten, machten kein Hehl aus ihren Zielen. Sie forderten, daß die verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt, der ins Exil getriebene rechtmäßige Präsident Juan Bosch zurückgerufen und die Verfas-

sung von 1963 wieder in Kraft gesetzt werde. Aber selbst diese gemäßigten und durchaus legitimen Forderungen brachten Washington in Rage.

Die USA-Propaganda sucht jetzt in der ganzen Welt den Eindruck zu erwecken, als sei Washington durch die Entwicklung in der Dominikanischen Republik „gezwungen worden, schlagartig einzugreifen“. Damit suchen die USA sich ihren Partnern in der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und auch ihren westlichen Bundesgenossen gegenüber ins Recht zu setzen. Sie wollen sich damit aber auch ein Hintertürchen für künftige „Selbstkritik“ offenhalten, damit sie eines Tages sagen könnten, sie hätten keine Zeit zu langen Überlegungen gehabt und darum vielleicht etwas über den Strang gehauen, aber eben nur, weil sie gezwungen gewesen wären, „schlagartig einzugreifen“.

Zahlreiche Tatsachen liefern jedoch den Gegenbeweis. Die Aggression gegen die Dominikanische Republik war nicht „Notwehr“, sondern eine wohlbedachte, sorgfältig geplante militärische und politische Aktion.

II

Die Intervention der USA gegen die Dominikanische Republik ist der klassische Modellfall einer Ein-

mischung des nordamerikanischen Imperialismus in die Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder. Marineinfanterie wurde gelandet,

* Aus „Neue Zeit“, Nr. 20/1963

nachdem endgültig klargeworden war, daß die Kräfte, auf die die USA bauen, schwer angeschlagen waren und den Widerstand jeden Augenblick einstellen konnten. Hand in Hand mit dem Landungsunternehmen und den Operationen gegen die aufständischen Offiziere gingen Aktionen der US-Diplomatie wie Erpressung und Einschüchterung, Bestechung einzelner führender und einfacher Konstitutionalisten sowie eine verleumderische Darstellung der Ziele der Bewegung. Man versuchte, die Reihen der Patrioten zu spalten und sie durch die Bildung von Militärjunkten oder gemischten Militär- und Ziviljunkten mit ausgesprochenem Marionettencharakter von den Massen zu isolieren.

Die Presse Lateinamerikas und weite Kreise seiner Öffentlichkeit stellen mit Entrüstung fest, daß Washington wieder zum „großen Knüppel“, zur bewaffneten Intervention greift, daß es wieder bestrebt ist, lateinamerikanischen Ländern Diktaturen aufzuzwingen. Die Ereignisse in San Domingo haben die Krise der Lateinamerika-Politik der USA deutlich gemacht. Washington hat es nicht ver-

mocht, seinen südlichen Nachbarn wirksame Mittel zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit zu bieten und hat darum das Gerede von Zusammenarbeit, von Gleichberechtigung und vom „Bündnis für den Fortschritt“ aufgegeben. Es hat damit nochmals seine wahre Einstellung zur politischen Souveränität der lateinamerikanischen Staaten vor Augen geführt.

Einzig um „kein zweites Kuba aufkommen zu lassen“, wird ein den ganzen Kontinent erfassender antikomunistischer Feldzug gestartet, wird den Einwohnern San Domingos die Möglichkeit genommen, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, wobei behauptet wird, sie seien „noch nicht reif für die Demokratie“. Die Intervention in San Domingo beweist, daß die USA meinen, sich unter dem Vorwand des „Schutzes des Lebens von USA-Bürgern“ und ihres „Eigentums“ jederzeit in die Angelegenheiten eines beliebigen lateinamerikanischen Staates einmischen zu können, denn gibt es in Lateinamerika auch nur ein Land, in dem die Yankees kein „Eigentum“ hätten?

III.

Die Aggression in San Domingo hat auch die tiefe Krise deutlich werden lassen, die die OAS durchmacht. Mit ihrem Vorgehen gegen die Dominikanische Republik haben die Vereinigten Staaten das Völkerrecht mit Füßen getreten und die UNO-Charta schwer verletzt. Sie haben darüber hinaus auf diese Weise auch die in der Charta der OAS niedergelegten Prinzipien des Amerikanismus verletzt und alle interamerikanischen Verträge, alle Doktrinen über die Zusammenarbeit auf dem amerikanischen Kontinent zerrissen. In den Staub getreten sind die Bestimmungen der Charta dieser Organisation, die die territoriale Integrität und Souveränität ihrer Mitglieder proklamieren.

Gewiß, es ist den USA auch dieses Mal gelungen, sich des OAS-Rates zu bedienen, um ihnen genehme Resolutionen durchzupeitschen, insbesondere die Resolution über die Aufstellung einer „interamerikanischen Streit-

macht“, die der USA-Intervention ein Mäntelchen umhängen und ihr einen „internationalen Charakter“ verleihen soll.

Ein noch schwierigeres Dilemma erhebt sich in diesem Zusammenhang vor dem liberal eingestellten Teil der lateinamerikanischen Bourgeoisie. Wohin gehen? Nach rechts, d. h. zurück zur Militärdiktatur, zur neokolonialistischen Zinsknechtschaft bei der Wall Street, oder nach links, d. h. einer umfassenden nationalen Front entgegen, die die staatliche Souveränität verteidigen und die Hauptinteressen der Nation wahrnehmen würde?

Die dominikanischen Ereignisse haben eine Tendenz erhärtet, die sich bereits in Brasilien, Venezuela und einigen anderen Ländern gezeigt hat: Unter den aus verschiedenen sozialen Schichten stammenden lateinamerikanischen Offizieren verstärken sich die patriotischen, nationalistischen Stimmungen, und einzelne Offiziersgrup-

pen beginnen als Verfechter der nationalen Belange im politischen Leben eine wichtige Rolle zu spielen.

So können wir sagen: Eröffnete die kubanische Revolution die Epoche der volksdemokratischen, der sozialistischen Revolutionen in der westlichen Hemisphäre, so beginnt mit den Ereignissen in der Dominikanischen Republik eine neue Etappe dieses langen und verschlungenen Weges, die Etappe der Bildung umfassender na-

tionaler antilimperialistischer Fronten, die berufen sind, die Souveränität dieser Länder und das Recht ihrer Völker auf einen eigenen Weg vor den Anschlägen des Yankee-Imperialismus zu schützen.

Die dominikanische Krise ist über die Grenzen des karibischen Raumes hinausgewachsen. In allen Ländern wird man ihre Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Der letzte Amerikaner

Der amerikanische Journalist Art Buchwald schreibt regelmäßig satirische Kommentare zu aktuellen politischen Problemen. Diesmal sagt er zur USA-Intervention in der Dominikanischen Republik seine Meinung, die wir, geringfügig gekürzt, hier wiedergeben:

Wenn einst die Geschichte der Revolution in der Dominikanischen Republik geschrieben wird, dann wird man auch von einem großen, unbekannten Helden erfahren, der Sidney hieß. Niemand kennt Sidneys Familiennamen, aber die Revolution wäre ganz anders verlaufen, hätte es ihn nicht gegeben.

Sidney war ein amerikanischer Tourist, der Santo Domingo besuchte, gerade als der Aufstand losbrach. Bekanntlich schickte Präsident Johnson Marineinfanterie, um die eventuell gefährdeten Amerikaner zu beschützen. Unglücklicherweise ging die Evakuierung so schnell vonstatten, daß nach 24 Stunden kein einziger Amerikaner mehr in der Hauptstadt weilte — ausgenommen Sidney.

Als Sidney zur Landungsbrücke kam, um an Bord zu gehen, wurde er von einem Oberst der Marineinfanterie angehalten, der zu ihm sagte: „Es tut mir leid, Sie können nicht abreisen, Sir.“

„Warum denn nicht?“ wollte Sidney wissen.

„Weil wir hierher geschickt wurden, um die Amerikaner zu beschützen. Und Sie sind der einzige Amerikaner, der noch hier ist. Wenn Sie abreisen, müssen wir auch abdampfen. — Aber Sie sind vollkommen in Sicherheit. Präsident Johnson schickt noch weitere 10 000 Mann, um Sie zu beschützen.“

„Mich zu beschützen?“

„Ja, Sir! Wir werden eine tote Zone von neun Meilen um Sie herum errichten, damit Ihnen niemand zu nahe kommen kann.“

Sidney nahm sein Gepäck und begab sich zurück in sein Hotel. Am nächsten Morgen wurde er vom kommandierenden General der Fallschirmtruppen aufgesucht. „Geht es Ihnen gut, Sidney?“

„Na klar geht's mir gut. Aber ich möchte nach Hause.“

„Nun haben Sie Geduld, und alles kommt in Ordnung.“

Während der General mit Sidney sprach, brachte ein Zug Soldaten ein Maschinengewehr auf dem Balkon in Stellung. Zwei Panzer nahmen vor dem Hotel Aufstellung, und ein Flakgeschütz wurde auf dem Dach postiert.

„Ich begreife nicht, was hier vorgeht. Aber mir ist klar, daß ich hier als Geisel gehalten werde.“

„Sidney, Ihr Name wird in die Geschichtsbücher eingehen zusammen mit Teddy Roosevelt und Admiral Dewey. Wenn die Lehrer in den Schulen später ihre Schüler fragen, wer die Dominikanische Republik vor dem Kommunismus gerettet hat, dann werden die Kinder antworten: Sidney.“

Wider die Prinzipien des Völkerrechts

700 000 US-Soldaten im Ausland

Der amerikanische Imperialismus tritt seit seinem Bestehen in der schändlichen Rolle eines Gendarmen, eines Henkers und Unterdrückers der Freiheit auf. Sogar die juristischen Berater des Weißen Hauses mußten zugeben, daß es in der Geschichte des USA-Imperialismus „über hundert Fälle gibt, da die amerikanischen Präsidenten ohne offizielle Kriegserklärung bewaffnete Streitkräfte im Ausland einsetzten“. Auch die Ereignisse unserer Zeit liefern den eindeutigen Beweis, mit welcher Unverfrorenheit sich die Vereinigten Staaten über die Prinzipien des Völkerrechts, über die elementarsten Normen der menschlichen Moral hinwegsetzten.

In all jenen Gebieten der Welt, in denen die Völker den nationalen Befreiungskampf aufnehmen, sich gegen den amerikanischen Imperialismus erheben, erscheinen Truppen des Pentagon, um die Freiheitsbestrebungen grausam zu unterdrücken. Nach Mitteilungen der Agentur Associated Press unterhalten die USA gegenwärtig:

- 108 100 Soldaten in den Gebieten der Kampfhandlungen, davon 73 500 im Gebiet Vietnam und 34 600 im Raum der Dominikanischen Republik.

- In Korea sind 50 000 amerikanische Soldaten stationiert;
- auf der Insel Okinawa — ungefähr 30 000;
- auf den Philippinen — annähernd 15 000.
- In Europa und auf den angrenzenden Territorien befinden sich fast 328 000 amerikanische Soldaten, davon 250 000, die der 7. US-Armee angehören, in Westdeutschland und Tausende in Frankreich, England, Italien und Spanien.
- Amerikanische Militärs sind in Thailand, auf der Insel Guam, den Midway-Inseln, in Island, Grönland, auf den Bermudas und den Azoren-Inseln, auf den Militärstützpunkten der USA in Guantamo und in Puerto Rico.
- Die Gesamtzahl der im Ausland stationierten amerikanischen Soldaten beläuft sich auf nahezu 700 000 Mann.

Aus: „Sowjetskaja Rossija“ vom 21. Mai 1965

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Gibt es noch ein Proletariat?

I.

O bwohl in der Bundesrepublik 21,5 Millionen Einwohner als Arbeiter, Angestellte und Beamte arbeiten, als Nichtbesitzer von Produktionsmitteln (Maschinen, Fabriken, Grund und Boden) gezwungen sind, die Mittel für ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu erlangen und somit im Sinne von Marx Proletarier sind, hören wir immer wieder Töne der Art: „Die CDU hat in der Bundesrepublik die Klassen überwunden“ (aus der „Düsseldorfer Erklärung“ des CDU-Parteitages von 1965), bei uns gebe es kein Proletariat mehr, usw. Diese Behauptung wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß es nicht wenige Arbeiterfamilien mit Fernsehgerät, Kühlschrank und Auto gebe, daß unsere Arbeiter einen tariflich beschränkten Arbeitstag, festgesetzten Lohn und Urlaub, daß sie Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitsgerichte haben, daß es ihnen also weitaus besser gehe als ihren Vorfahren, jenen hungernden, ausgebeuteten, schutz- und rechtlosen, dem Ausbeuter schon im frühen Kindesalter ausgelieferten Arbeitssklaven des Frühkapitalismus.

Jawohl, den Arbeitern geht es heute

besser als früher. Aber ist ihnen die Verbesserung ihrer Lage etwa als Geschenk der Unternehmer in den Schoß gefallen? Dank der modernen Technik erzeugen die Arbeiter heute ungleich mehr als früher; aber jede Lohnbewegung, jeder Streik zeugt davon, daß sie die Verbesserung ihrer Lebenslage erkämpfen mußten. Dabei könnte und müßte, wenn es gerecht zugehe, ihr Anteil am sozialen Kuchen, am Nationaleinkommen, noch viel höher sein: er ist nicht im gleichen Maße gestiegen, wie das Nationaleinkommen sich vermehrte. Während der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen 1950 noch 46 Prozent ausmachte, betrug er 1963 nur noch 32 Prozent. Dafür sind die Profite der Unternehmer, vor allem der großen Konzerne derart gestiegen, daß von einer regelrechten „Gewinnexplosion“ gesprochen wird.

Vor allem aber müssen wir die Frage stellen: Haben die westdeutschen Arbeiter, denen es heute wirtschaftlich besser geht, deshalb aufgehört, Proletarier zu sein? Was sind denn Proletarier? Was kennzeichnet ihre Stellung?

II.

M arx und Engels haben den Begriff „Proletarier“ benutzt, um die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter im Kapitalismus wissenschaftlich exakt zu bestimmen. Dabei hoben sie als grundlegend nicht das unzweifelhaft vorhandene materielle und geistige Elend der Arbeiter hervor, sondern die Frage, wem die Produktionsmittel gehören. Das ist die entscheidende Frage, weil nicht das Eigentum an den Gegenständen des persönlichen Verbrauchs, der individuellen Konsumtion, sondern das Privateigentum an den Betrieben,

Bergwerken, Maschinen usw. die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Von ihm hängt die soziale Gliederung dieser Gesellschaft, ihre Spaltung in Klassen mit gegensätzlichen Interessen, die verschiedenartige Rolle der Klassen und sozialen Gruppen im Arbeitsprozeß, die gegensätzliche Art der Erlangung und der ungleiche Anteil am gesellschaftlichen Reichtum ab.

So kamen Marx und Engels bei der Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft zu der Feststellung: Das Proletariat ist die von den Kapita-

listen ausgebeutete „Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können.“ (Vgl. das „Manifest der Kommunistischen Partei“).

Diese Klasse hat nach Marx und Engels die geschichtliche Aufgabe, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu beseitigen und eine neue, von Ausbeutung und Unterdrückung freie, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen, indem sie die politische Macht erobert und die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, in Volkseigentum überführt, damit die Produktionsmittel der ganzen Gesellschaft dienen und nicht mehr nur

einer Handvoll Ausbeuter als Mittel der Bereicherung.

Diese geschichtliche Aufgabe hat die Arbeiterklasse in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern erfüllt. Dort gibt es keine Konzerne, keine Großaktionäre und andere Parasiten mehr. Die industriellen Produktionsmittel, die Betriebe, Bergwerke usw. sind Volkseigentum, und die Produktion wird auf Rechnung und zum Nutzen des ganzen Volkes betrieben. Dort haben die Arbeiter nicht nur die Mitbestimmung erreicht, für die wir in der Bundesrepublik noch kämpfen müssen; sie haben vielmehr aufgehört, Proletariat zu sein, weil sie zur herrschenden Klasse und zu gemeinschaftlichen Eigentümern der Produktionsmittel geworden sind.

III.

Wie steht es damit in der Bundesrepublik? Wem gehören hier die Betriebe, wer kommandiert hier in der Wirtschaft und im Staat?

Als die Metallarbeiter in Baden-Württemberg in den Streik traten, um höhere Löhne zu erreichen, wurden Zehntausende Arbeiter von den Großaktionären ausgesperrt. Warum konnte eine kleine Handvoll Konzernherren Zehntausende Arbeiter aussperren? Warum war das nicht umgekehrt? Warum können die Großaktionäre gewählte Betriebsräte entlassen, die Arbeiter aber nicht die Großaktionäre und Rüstungsgewinnler, die Flick, Thyssen und Krupp, die Bosse der IG-Farben, der AEG usw.? Weil nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer, vor allem die großen Konzerngesellschaften über die Produktionsmittel verfügen und an den Schaltebeln der Macht sitzen, weil in der Bundesrepublik 0,3 Prozent der Bevölkerung — die Großindustriellen und Bankiers — reicher sind als die übrigen 99,7 Prozent der Bevölkerung zusammen. „Die Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“ (Aus dem DGB-Grundsatzprogramm.)

Die rund 21,5 Millionen Bundesdeutschen, die als Nichteigentümer

von Produktionsmitteln ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt verkaufen müssen und daher zur Arbeiterklasse, zum Proletariat gehören, bilden zusammen mit ihren Familienangehörigen heute über drei Viertel der westdeutschen Bevölkerung. Nur etwa eine Million, nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung, gehören zum gehobenen Mittelstand und zur Bourgeoisie. Und der Kreis derjenigen, die unter diesen zwei Prozent schließlich die wirtschaftlichen und politischen Kommandohöhen besetzt halten, der Kreis der Abs, Flick, Thyssen, Krupp, Springer usw., umfaßt nur einige hundert Konzernmilliardäre, Kombi-Manager und Monopolagenten.

Der durch ihren Kampf unbestreitbar gestiegene Lebensstandard hat die westdeutsche Arbeiterklasse also nicht aus ihrer proletarischen Stellung, von Ausbeutung und Unterdrückung befreit. Dazu ist die Veränderung der Gesellschaftsordnung, der Machtverhältnisse erforderlich. Solange aber die Großkapitalisten, die Konzernbosse und Rüstungsgewinnler die wirtschaftliche und politische Macht besitzen, sind nicht einmal der erreichte soziale Standard und die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse gesichert. In Deutschland hat die Arbeiterklasse in zwei Weltkriegen erfahren müssen, wie rasch das alles zerschlagen sein kann,

wenn diese Kräfte an der Macht sind, wenn sie Wirtschaft, Politik und geistiges Leben auf Kriegskurs leiten, die werktätigen Massen durch Ausnahme-gesetze, durch Notstandsgesetze knebeln und durch die Aufrüstung eine tödliche Gefahr für Leib und Leben des ganzen Volkes heraufbeschwören.

Darum müssen die Arbeiter und ihre Organisationen sich zum gemein-

samen Handeln zusammenfinden, zum gemeinsamen Kampf gegen Revanche-politik, Atomrüstung und Notstands-gesetze, für die Mitbestimmung der Gewerkschaften, für die Zurückdrän-gung und Überwindung der Macht der Monopole, um sich auf diesem Wege aus der Stellung einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse zur Stellung einer herrschenden Klasse zu erheben.

Aggressoren ohne Chance

Von Genossen unserer Partei wurde uns die Frage gestellt: „Was würde geschehen, wenn die Imperialisten die DDR bombardieren und überfallen würden?“ Da ähnliche Fragen auch von Bürgern der DDR zum gleichen Thema an die Redaktion „Neues Deutschland“ gerichtet wurden, drucken wir hiermit die Antwort des Zentralorgans der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ab.

Die DDR gehört der sozialistischen Militärkoalition als gleichberechtigtes Mitglied an. Unsere Nationale Volksarmee würde gemeinsam mit allen verbündeten Armeen einen Angriff auf die DDR zurückschlagen. Die Aufgabe der ersten strategischen Staf-fel der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, zu der die zeit-weilig in der DDR stationierten sowjetischen Truppen, die Nationale Volks-armee, die Polnische und die Tschecho-slowakische Volksarmee gehören, be-steht im Falle einer imperialistischen Aggression darin, die ihr gegenüber-stehende Hauptgruppierung der NATO auf deren Territorium zu vernichten. Wir würden also auch nicht zulassen, daß der Imperialismus den Krieg in unsere Länder erst hineinträgt. Ein mit modernsten Mitteln ausgestattetes einheitliches System der Luftverteidi-gung, in die die oben genannten Ar-meen einbezogen sind, schützt die Un-verletzlichkeit des Luftraumes unserer Länder.

Überhaupt sind die Armeen des Warschauer Verteidigungsbündnisses, selbst nach Auffassung westlicher Experten, hervorragend ausgebildet und mit den modernsten Waffen aus-gerüstet. Das haben die April-Manöver ebenso bewiesen wie die Parade der Waffenbrüderschaft am 8. Mai in Ber-

lin und die große Militärparade am 9. Mai in Moskau.

Alle Teilnehmerstaaten des War-schauer Vertrages haben die DDR wiederholt ihrer festen Solidarität und Bündnistreue versichert. Sie würden einen Angriff auf die DDR und eine gewaltsame Verletzung ihrer Grenzen als Angriff auf ihr eigenes Territorium betrachten und entsprechend handeln. Das ist eindeutig im Kommuniqué der Januar-Tagung 1965 des Politischen Beratenden Ausschusses der War-schauer Vertragsländer festgelegt. Das haben die führenden Staatsmänner dieser Länder, die zum 20. Jahrestag der Befreiung in Berlin weilten, in der Hauptstadt der DDR unmißverständ-lich wiederholt. Erst kürzlich hat die sowjetische Nachrichtenagentur TASS in einer offiziellen Erklärung die ame-rikanischen Imperialisten und west-deutschen Revanchisten eindringlich davor gewarnt, die DDR anzutasten. Jeder derartige Versuch würde den Gegenschlag der überlegenen Militär-macht des Sozialismus nach sich ziehen.

Nun ist aber auch die Demokratische Republik Vietnam ein sozialistisches Land. Folglich haben die sozialisti-schen Staaten ihre feste Solidarität er-klärt, haben geholfen und werden weiterhin helfen. Auch wir schicken und schicken Medikamente, Arznei- und Verbandsmittel, Fahrzeuge usw. Der sowjetische Ministerpräsident

Kossygin und der Oberkommandierende der sowjetischen Luftstreitkräfte, Hauptmarschall Werschinin, waren in Hanoi, um an Ort und Stelle wirksame Hilfe zu vereinbaren. Die ersten Auswirkungen haben die amerikanischen Luftpiraten schon zu spüren bekommen. Die Feuerkraft der Luftabwehr hat zugenommen. Die Abschussschiffen sind gestiegen. Die USA-Piloten können nicht mehr Bomben werfen, wo und wie sie wollen.

Dennoch: Die USA setzen ihre verbrecherische Aggression fort und die Frage bleibt, wieso sie es können. Offenbar rechnen sie auf einige Faktoren, die die Situation in Südostasien von der in Mitteleuropa unterscheiden. Hier, in Mitteleuropa stehen sich Imperialismus und Sozialismus mit massierten militärischen Kräften unmittelbar gegenüber. In Vietnam nicht. Deshalb versuchen die USA ihre strategische Variante des „begrenzten Krieges“, die in Mitteleuropa völlig aussichtslos wäre und sofort in einen weltweiten, für die Imperialisten selbstmörderischen Atomkrieg münden würde, dort so lange wie möglich anzuwenden. Dabei spekulieren sie darauf, daß der Krieg mit „abgestuftem“ Einsatz von Kräften und Mitteln „unterhalb der Schwelle“ zum Atomkrieg bleibt.

Die USA-Aggressoren nutzen auch einige militärgeographische und militärtechnische Schwierigkeiten aus, die bei der Verteidigung Nordvietnams

auftreten. Das schmale, langgestreckte Territorium des Landes hat eine über 1000 Kilometer lange Küste. So können die von See kommenden USAMaschinen an immer neuen Stellen und auf kurzen Anflugwegen gegen das vietnamesische Hoheitsgebiet vorstoßen. Es ist leicht zu verstehen, daß eine derart lange Seegrenze selbst bei ungehinderter Zufuhr der Technik nur in relativ langer Zeit mit modernen Radar- und Raketenmitteln ausgestattet, d. h. zu einem lückenlosen Abwehrsystem ausgebaut werden kann. Die modernen Luftabwehrmittel, über die die vietnamesische Volksarmee jetzt in zunehmendem Maße verfügt, müssen zunächst auch vorrangig zum Schutz der Hauptstadt, der großen Industriebezirke, der Versorgungsbasen und rückwärtigen Verbindungen eingesetzt werden. Wie aus Vietnam zu erfahren ist, geschieht das jetzt schon mit sichtbaren Erfolgen.

Es besteht kein Zweifel, daß solche Erfolge in der Abwehr und Vernichtung der Aggressoren auch in den anderen Teilen des Landes eintreten werden, und zwar in dem Maße, wie die vietnamesische Volksarmee mit Unterstützung insbesondere der UdSSR ihre Ausrüstung modernisiert und ihre Schlagkraft erhöht. Der politischen Zielsetzung nach ist der „begrenzte Krieg“ der USA gegen das tapfere vietnamesische Volk schon jetzt gescheitert. Er wird auch militärisch mit dem Fiasko der Aggressoren enden und ihnen die Grenzen ihrer Macht in der Welt von heute vor Augen führen.

Tatsachen aus der DDR

Vom Stand Null zum achten Industriestaat

Die wirtschaftlichen Startbedingungen der DDR waren unvorstellbar schwer, weil durch die Spaltung außerordentlich schwerwiegende Disproportionen entstanden. Die Industriekapazitäten in Deutschland verteilten sich auf dem Gebiet beider deutscher Staaten wie folgt:

	DDR (Prozent)	West- deutschland (Prozent)
Maschinenbau	30	70
Metallurgie	15	85
Stahlproduktion	7,7	92,3
Eisenerzbergbau	5	95
Steinkohlen	2	98
Zementproduktion	18,5	83,5
Werkzeugmaschinen	33	67
Hochöfen (Stück)	5	120

Am empfindlichsten fehlte das Ruhrgebiet, die metallurgische Basis der ganzen deutschen Wirtschaft. Deshalb mußten in der DDR in den Nachkriegsjahren große Investitionsmittel für den Aufbau der Grundstoffindu-

strie aufgebracht werden. Mehr als hundert Milliarden Mark wurden von 1950 bis 1960 dafür aufgewendet.

Im Vergleich der Pro-Kopf-Produktion mit den USA, der Bundesrepublik, Frankreich, Japan, Italien und Großbritannien hat die DDR folgende Positionen erreicht:

Elektroenergie	3. Stelle
Zement	4. Stelle
Rohstahl	6. Stelle
Plaste und synthetische Harze	6. Stelle
Fernsehgeräte	4. Stelle

Von 1950 stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie bis 1964 auf etwa das Dreifache an. Für die gesamte Jahresproduktion von 1950 braucht die DDR heute weniger als drei Monate.

Für die 1950er Jahresproduktion wichtiger Erzeugnisse brauchte die DDR 1964:

bei Elektroenergie	4,6 Monate
bei Roheisen	1,8 Monate
bei Rohstahl	3,1 Monate
bei Schwefelsäure	3,8 Monate
bei Phosphordünger	1,5 Monate
bei Zement	2,9 Monate
bei Lederschuhen	3,5 Monate

Arbeitsversorgung in Zahlen

Werkküchenessen

In 126 Großbetrieben der DDR mit insgesamt 469 300 Beschäftigten nahmen im IV. Quartal 1964 durchschnittlich 216 860 Kollegen am Werkküchenessen teil. Das sind 46,2 Prozent der Belegschaften.

Dieser Prozentsatz ist jedoch in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich. Er beträgt in den entscheidenden Betrieben der Bezirke

Cottbus	76,0 Prozent
Dresden	70,9 Prozent
Frankfurt (Oder)	61,2 Prozent

Am niedrigsten ist der Anteil der Essenteilnehmer in den Betrieben der Bezirke

Gera	38,2 Prozent
Berlin	31,6 Prozent
Magdeburg	24,8 Prozent

Bestelldienst

Von 90 Betrieben führender Zweige, die kürzlich auf dem Gebiet der Ar-

betterversorgung überprüft wurden, bestehen Möglichkeiten des Bestelldienstes für

Lebensmittel	in 69 Betrieben
Industriewaren	in 64 Betrieben

Dienstleistungen

Annahme- bzw. Vermittlungsstellen bestehen für

Wäscherei u. chem.	
Reinigung	in 63 Betrieben
Schuhreparaturen	in 52 Betrieben
Wäscheausbesserung	in 49 Betrieben
Reparaturen techn. Geräte	in 43 Betrieben

Moderne Stadt der Maschinenbauer

Symbolisch für die neue Stadt der Maschinenbauer ist die Straße der Nationen in der City von Karl-Marx-Stadt. Moderne achtgeschossige Häuser mit vorgebauten Ladenzeilen geben dem neuen Stadtbild das Gepräge. Zwischen Brückenstraße und Holzmarkt haben die Arbeiten an der neuen Hauptpost begonnen. Überall im Stadtzentrum dröhnen die Bauaggregate. Die Gebäude werden fast ausschließlich aus vorgefertigten Teilen montiert. Dennoch zeigen sie ein unterschiedliches Gewand. Marmorsplitt, Muschelkalk, eingefärbte und gestrichene Platten variieren das äußere Bild der Bauten.

Vor 20 Jahren war Karl-Marx-Stadt zu 70 Prozent zerstört. Am 5. März 1945 hatten anglo-amerikanische Bomber acht Quadratkilometer der bebauten Fläche total zerstört, die Bauleistung eines halben Jahrhunderts war vernichtet. Von den 117 000 Wohnungen waren 27 000 dem Erdboden gleichgemacht, 15 000 schwer-, 10 000 mittel- und 20 000 leichtbeschädigt, 84 öffentliche Gebäude, 27 Schulen und 14 von 17 Kindergärten fielen den Bomben zum Opfer.

Heute jedoch, 20 Jahre danach, sind in der Stadt der Maschinenbauer bereits wieder über 20 000 Wohneinheiten neu-, um- oder ausgebaut worden. 41 poliklinische Einrichtungen und 26 Kinderkrippen mit insgesamt 6883 Plätzen, 60 allgemeinbildende Oberschulen sowie 20 Berufsschulen sind in diesen 20 Jahren neu entstanden.

Festliche Jugendweihen an den Ostertagen

Zehntausende junge Bürger der DDR wurden zu Ostern durch die Jugendweihen in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufgenommen. Im Bezirk Erfurt waren es rund 6000 Mädchen und Jungen, die in Kulturhäusern und Theatern von bekannten Persönlichkeiten die besten Wünsche für ihr künftiges Leben in der sozialistischen Menschengemeinschaft entgegennahmen. Im Landestheater Eisenach legten die Jugendlichen aus der Lieslotte-Herrmann-Schule ihr Gelöbnis ab.

Die Redner auf 140 Veranstaltungen im Bezirk Karl-Marx-Stadt sprachen zu den Jugendlichen über ihre Verantwortung als künftige Erbauer des Sozialismus. In diesem Bezirk erhalten in diesem Jahr fast 26 000 Kinder die Jugendweihen. 500 Mädchen und Jungen von Werktätigen aus dem Kalikombinat „Werra“ im Kreis Bad Salzungen nahmen in 43 Orten zwischen Thüringer Wald und Rhön an der Jugendweihen teil.

Universeller Beruf im Zeiss-Betrieb

„Facharbeiter für Metall- und Umformtechnik“ nennt sich ein neuer Beruf, der durch die Perspektive des VEB Carl Zeiss Jena notwendig wird. Ein solcher Facharbeiter kann universell z. B. als Warmpresser, Kalttiefzieher, Stanzer oder Kaltfließpresser eingesetzt werden. Zu den ersten, die einen solchen Facharbeiterbrief im größten feinmechanisch-optischen Betrieb der DDR erwerben wollen, gehören neun Kollegen der zweimal mit dem Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichneten Warmträger-Brigade „Roter Pfeffer“. Zwei Brigademitglieder werden sich zum Ingenieur bzw. Industriemeister entwickeln.

Ertragsregler

Etwa 490 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche künstlich zu beregnen sowie 220 000 Hektar durch Stauverfahren zu bewässern – das sieht ein Programm des Zentralen Landwirtschaftsrates bis 1970 vor. Damit werden knapp 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR bewässert.

Bei der Auswahl der Flächen werden folgende Standorte besonders berücksichtigt: leichteste und leichte Böden; mittlere und schwere Böden in Trockenlagen, besonders in den Bezirken Halle, Erfurt, Leipzig und Magdeburg; Gemüsegürtel in Industrie- und Großstadtnähe; Flächen, für die das Wasser unmittelbar aus Seen, Bächen, Flüssen und Abwasseranlagen entnommen werden kann.

Grundgesetz der sozialistischen Familie

Auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin wurde der Entwurf eines neuen sozialistischen Familiengesetzbuches an die Öffentlichkeit übergeben. Der Minister der Justiz, Dr. Hilde Benjamin, charakterisierte den Entwurf als Grundgesetz, das den gesamten Bereich der Familie erfasst. „Das neue Familiengesetzbuch wird als organischer Bestandteil unseres einheitlichen sozialistischen Rechtssystems das im Programm der SED und im Perspektivplan gezeichnete Bild des umfassenden Aufbaus des Sozialismus mit erreichen und gestalten helfen.“

Wie alle grundlegenden Gesetze der DDR wird der Entwurf in den nächsten Wochen und Monaten durch eine alle Bürger angehende und interessierende Volksaussprache, die von der Nationalen Front getragen wird, seine Vervollkommenung erfahren.

Aus der Ehe-Statistik

Etwa 150 000 Ehen werden jährlich in der DDR geschlossen.

Das durchschnittliche Heiratsalter hat sich von 1952 gegenüber 1962 bei Männern von 25,6 auf 23,8 Jahre und bei Frauen von 23,8 auf 22,5 Jahre verringert.

Im Alter von 18 bis 21 Jahren schlossen 1958 von 10 000 Jugendlichen 881 und 1963 bereits 1143 junge Menschen die Ehe.

Der Altersunterschied zwischen Mann und Frau in den jungen Ehen betrug 1952 im Durchschnitt 3,2 Jahre und 1962 nur 2,5 Jahre.

Etwa 10 000 Kinder werden jährlich in der DDR geboren, deren Mütter noch nicht 18 Jahre alt sind.

Eine Analyse der Familien nach der Kinderzahl ergab, daß von 100 Ehen 25 keine Kinder, 25 ein Kind, 25 zwei Kinder und 25 drei und mehr Kinder haben. — 1962 wurden als erstes Kind 41 Prozent, als zweites Kind 27,8 Prozent, als drittes Kind 14,7 Prozent, als viertes Kind 7,6 Prozent, als fünftes und mehr 8,9 Prozent aller Kinder geboren.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt gegenwärtig rund 46 Prozent.

Die Zahl der Ehescheidungen ist in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben. 1955 wurden 25 736 Ehen geschieden, und 1963 waren es 24 649. In der Hauptstadt Berlin wurden 1963 je 10 000 der Bevölkerung 30 Ehen geschieden, während es im Bezirk Neubrandenburg 9 waren.

Scheidungsklagen werden in steigendem Maße von Frauen erhoben. 1958 waren 54,4 Prozent der Antragsteller Frauen; 1963 waren es 57 Prozent.

Das neue Buch

Illusionen eines kalten Kriegers

von Guttenberg

„Wenn der Westen will“

Im offenen deutschen Gespräch in Westdeutschland werden sehr verschiedenartige Auffassungen über Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft der deutschen Frage geäußert. Einige wesentliche Gedanken spiegeln sich in folgenden in Westdeutschland erschienenen Büchern wider: in zu Guttenbergs „Wenn der Westen will — Plädoyer für eine mutige Politik“ (Stuttgart-Degerloch 1964), in Peter Benders „Offensive Entspannung — Möglichkeit für Deutschland“ (Köln — [West-]Berlin 1964) und in Wolf Christian von Harlings „Die deutsche Alternative — Grundlagen einer gesamtdeutschen Politik“ (Hamburg 1963). Während Guttenberg als einer der profiliertesten Bonner Ultras für die Fortsetzung der gescheiterten Politik der Stärke plädiert, sind der Journalist Bender und Christian von Harling bemüht, reale Ausgangspunkte

und Maßstäbe für die Lösung der deutschen Frage zu finden.

Das zentrale Thema dieser Bücher ist im Grunde das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR. Das ist, wenn man die Entwicklung in beiden deutschen Staaten in den letzten Jahren vergleicht, völlig natürlich. Die Maßstäbe für die Entwicklung in ganz Deutschland werden in unserer Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht mehr von den deutschen Imperialisten und Militaristen gesetzt, sondern von der deutschen Arbeiterklasse, von ihrer politischen Macht in der Deutschen Demokratischen Republik. Das kommt auch darin zum Ausdruck, „daß weder die Regierung in Bonn noch die SPD-Führung einen realen Plan für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten besitzen.“¹⁾



Angesichts des in Deutschland und in der Welt bestehenden realen Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus wagt es selbst Guttenberg nicht mehr, unverhüllt von der durch die Bonner Ultras geplanten militärischen Eroberung der DDR zu

sprechen. Dreist behauptet er, die Bonner Machthaber und ihre westlichen Verbündeten wollten eine Wiedervereinigung Deutschlands ausschließlich mit „friedlichen Mitteln“.

Die Hilflosigkeit in der deutschen Frage ist begründet in der Unfähigkeit der Monopolbourgeoisie, in unserer Zeit noch die Nation zu führen. Sie spricht auch aus jeder Zeile des Buches

¹⁾ Walter Ulbricht, „Antwort auf aktuelle politische und ökonomische Fragen“, „Neues Deutschland“ vom 6. Dezember 1964

des Freiherrn zu Guttenberg, der hier die politisch außerordentlich gefährliche Konzeption ultrareaktionärer Kreise des westdeutschen Monopolkapitals entwickelt. Ungewollt macht er eine Verbeugung vor den „bösen“ Kommunisten, weil diese seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution durch die Folgerichtigkeit, mit der sie „ihren Axiomen folgen“, politisch voran gekommen seien. Aber dann schließt er mit der ihm eigenen „Logik“, die wir in diesem Buche häufig finden, der Kommunismus müsse schließlich scheitern. Deutlich sichtbar ist hier der Wunsch der imperialistischen Ultras der Vater des Gedanken. Nur mit Logik hat das nichts zu tun.

Den „bösen“ Kapitalisten — das sind solche, die mit den sozialistischen Ländern Handel treiben — schleudert er sein „Euer Sündenregister ist ohne Ende“ entgegen. Warum aber „Sündenregister?“ Weil, so wettet der „mutige Politiker“ Guttenberg gegenüber seinen Klassengenossen, das sozialistische Weltssystem überhaupt nur durch die Hilfe dieser kapitalistischen

Profitmacher existiere, die ihren schnöden Gewinn über die kapitalistische „Moral“ stellen. Dabei sei es doch so einfach, mit dem Kommunismus fertig zu werden, „der Westen“ müsse nur den Willen dazu haben und einheitlich handeln, worunter Guttenberg auch „den Aufbau einer europäischen Atommacht“ (S. 138) versteht.

Wir unterschätzen nicht die Gefährlichkeit der Versuche der deutschen Imperialisten und Militaristen, ihre verbrecherischen, für das deutsche Volk und andere Völker so verhängnisvollen Pläne durchzusetzen. Dabei finden sie Hilfe bei den imperialistischen Ultras anderer Länder, vor allem in den USA. Aber zur Vorbereitung ihrer Pläne gehört auch ihr Bestreben, sie zu tarnen und die Bevölkerung der Bundesrepublik über ihre Ziele zu täuschen. Angesichts des wachsenden Interesses für die DDR in Westdeutschland sind sie besonders bemüht, die Bevölkerung über das Wesen der deutschen Frage, über ihren sozialen Inhalt irrezuführen.



Guttenberg schreibt: „Worum es im gegenwärtigen Konflikt geht, ist das Verhältnis zwischen Freiheit und gesellschaftlicher Ordnung.“ (S. 22) Dabei wendet er einen plumpen Trick an, um die wirklichen Zusammenhänge zu verwirren. Er tut so, als seien die Freiheit und „der Westen“ eins, und der „Konflikt“ bestände zwischen „dem Westen“ und seiner „Freiheit“ und dem Sozialismus. Es sei uns die Frage gestellt: Wie sieht es zum Beispiel mit der Freiheit der westdeutschen Bevölkerung aus, ihr demokratisches Grundrecht politischer Selbstbestimmung wahrzunehmen? Es ist doch gerade die in der Bundesrepublik bestehende staatsmonopolistische Herrschaft, die mit Hilfe ihrer staatlichen Machtorgane Andersdenkenden die Freiheit nimmt, ihre Ansichten offen darzulegen, die aufrechte Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere Friedenskämpfer verfolgt und sie schon wieder — wie in der Zeit der faschistischen Nacht über Deutsch-

land — hinter Zuchthausmauern bringt. Nationale Selbstbestimmung im Deutschland von heute schließt die Freiheit des Volkes ein, die imperialistischen Spalter der Nation und die Militaristen aus ihren Positionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu verdrängen. Aber in der Bundesrepublik kommen sich demokratisch gesinnte, für den Frieden in der Welt eintretende Schriftsteller, wie es in einem anderen westdeutschen Buch heißt, vor „wie eine Maus, die von der Katze spielerisch wieder freigelassen wurde. Jeden Augenblick erwarten sie den tödlichen Krallenhieb.“²⁾

Das Verhältnis zwischen Freiheit und gesellschaftlicher Ordnung kann nicht geklärt werden, ohne zu fragen, um wessen Freiheit es sich handelt. Die herrschenden Kreise des westdeutschen Monopolkapitals verstehen unter Freiheit die Herstellung der Einheit Deutschlands unter dem Diktat der westdeutschen Monopolherren und Militaristen; sie verstehen darunter die Freiheit, atomar aufzurüsten, die Unsicherheit durch den kalten Krieg

²⁾ „Schwierigkeiten heute die Wahrheit zu schreiben“, München 1964. S. 18

zu erhöhen und die Freiheit des Monopolkapitals, sein Herrschaftsgebiet nach dem Osten auszudehnen. Dieser imperialistische Freiheitsbegriff richtet sich gegen die Freiheit für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen.

Die Anerkennung der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten bedeutet keineswegs ein Bekenntnis zum Sozialismus, sondern lediglich zum Frieden, zum Humanismus, zur Menschlichkeit. „Wenn in beiden Teilen Deutschlands humanistische Auffassungen vertreten würden, wäre eine Verständigung nicht schwer.“³⁾

Aber dagegen tritt von Guttenberg in seinem Buch auf. Er lehnt Verhandlungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten rundweg ab, weil „das gemeinsame Interesse fehle“. Im Widerspruch zu sich selbst sagt er jedoch an einer anderen Stelle seines Buches: „Sobald der große Atomkrieg die Existenz der beiden Weltmächte bedroht, liegt es in deren gemeinsamem Interesse, eine etwaige militärische Auseinandersetzung in Europa nicht zu diesem großen Krieg ‚ausarten‘ zu lassen.“ (S. 122) Aber keinesfalls solle „der Westen“ atomar abrüsten, weil das „die Kriegsgefahr in Europa erhöht“.

Der fragwürdige Sinn dieser verworrenen Logik von Guttenbergs liegt in seiner Illusion, eine verstärkte atomare Aufrüstung „des Westens“ könne die Sowjetunion zwingen, sich aus einem „kleinen“ Krieg der Bonner Ultras gegen die DDR herauszuhalten. Und für einen solchen Fall — ihn angesichts des Moskauer Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auch nur für denkbar zu halten, ist schon absurd — sollen die USA den deutschen Militäristen wenigstens „kleine“ Atomwaffen geben!

Um die USA-Regierung in dieser

³⁾ Walter Ulbricht in einem Gespräch mit dem Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, D. Dr. Moritz Mitzenheim, „Neues Deutschland“ vom 23. August 1964

⁴⁾ Walter Ulbricht, „Antwort auf aktuelle politische und ökonomische Fragen“, „Neues Deutschland“ vom 6. Dezember 1964

Hinsicht unter Druck zu setzen, versucht die Bundesrepublik seit Jahren — so Guttenberg — die „amerikanische Atompolitik behutsam zu revidieren“. (S. 136) Das sei auch deshalb notwendig, weil die amerikanische Atommacht den Erfordernissen eines echten NATO-Bündnisses „nur unzureichend gerecht“ werde. Die MLF, die geplante NATO-Atommacht, wird von der Erhard-Regierung hektisch vorangetrieben. Guttenberg plädiert für eine „Atommacht Europas“ im Rahmen der NATO, die aus der französischen „Force de Frappe“ hervorgehen soll. Den Ultra-Kreisen um Guttenberg ist dieser Weg zur Erlangung von Verfügungsgewalt bzw. Eigentum an Atomwaffen vom Standpunkt der Verwirklichung ihres Revancheprogramms gegen die DDR und andere sozialistische Länder „gangbarer“. Die „Atommacht Europa“ ist als militärischer Kern einer westeuropäischen politischen Union gedacht, die als „dritte Kraft“ der Weltpolitik wirksam werden soll. In ihrer Gier nach Atomwaffen schrecken die Ultras nicht davor zurück, ihren USA-Partner direkt zu erpressen. Guttenberg droht den USA ganz unverhohlen, das „französische Rezept“ de Gaulles könne „morgen jenes ganz Europas“ sein. Auf gut preußisch-deutsch: Wenn ihr, die USA, uns keine Atomwaffen gebt, werden wir uns mit de Gaulle „europäisch“ zusammentun und sie von Frankreich nehmen.

Damit aber auch dem französischen „Verbündeten“ nicht zu wohl wird, erhält auch dieser von dem wackeren Streiter für eine „mutige Politik“ einen Dämpfer; denn, so schreibt Guttenberg, auch Frankreichs „Stellvertretung für Europa“ könne nur eine „vorübergehende Episode“ sein: „Europa muß sich konstituieren“. Also Neuordnung Europas wie gehabt, nur in neuer Auflage! Und natürlich unter Führung des deutschen Imperialismus und Militarismus! Die „Europa“-Pläne der Bonner Machthaber sind Ausdruck dafür, „daß dem westdeutschen Monopolkapital die Grenzen zu eng geworden sind, daß es über die Staatsgrenzen Westdeutschlands hinaus die führende Rolle unter den kapitalistischen Ländern Westeuropas spielen will.“⁴⁾

Man ist in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung und sogar unter der Arbeiterschaft, aber leider auch in manchen anderen Ländern, die die Fußstapfen des deutschen Militarismus schon zu spüren bekamen, geneigt, über das arrogante Maulheldentum der Guttenberg und Strauß zu lächeln, sie als Einzelerscheinungen einer sonst ganz gut funktionierenden „Demokratie“ zu sehen. Doch dabei wird der entscheidende Umstand übersehen, daß Strauß, Guttenberg und Erhard im Streben nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen sich darüber einig sind, daß die Gier nach atomaren Massenvernichtungswaffen das Wesen der Bonner Militärpolitik bestimmt, und daß diese neuen deutschen „Neuordner“ an den Schaltebenen der politischen Macht in der Bundesrepublik sitzen. Diese Bonner Militärpolitik mit ihrer „Vorwärtsstrategie“ bedroht auch die Völker Westeuropas, unabhängig davon, daß sich die Erhard, Schröder, Strauß und Guttenberg über einige taktische Fragen streiten.

Guttenberg wiederholt — jeden vernünftigen, realistischen Gedanken weit von sich weisend — die alten kraftmeierischen und verlogenen Phrasen einer nicht „mutigen“, sondern gefährlichen Politik, die wir von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands und ihrer Bonner Regierung seit eh und je hören. Sie machen deutlich, warum der CSU-Freiherr sich so sehr mit der Politik der NATO-Verbündeten beschäftigt: um sie an das revan-chistische Konzept der Bonner Ultras

*) „Neues Deutschland“ vom 16. August 1964

zu ketten. Guttenberg plädiert für die Schaffung eines NATO-Deutschland, für die Fortsetzung des kalten Krieges, macht sich zum Sprecher der bankrotten „Hallstein-Doktrin“ und wiederholt die abgegriffene Phrase vom Bonner „Alleinvertretungsrecht“ für Deutschland“. Er nennt die weltfremde These vom „Alleinvertretungsrecht“ Bonns und die Politik der Nichtanerkennung der DDR „selbstverständliche Instrumente eines ernsthaften Wiedervereinigungswillens“. (S. 197) Er wendet sich damit gegen alle Entspannungspläne und gegen die Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen, d. h. gegen die Anerkennung der realen Lage in Deutschland.

Die Lösung der deutschen Frage kann niemals ohne oder gar gegen die Deutsche Demokratische Republik erfolgen; denn heute liegt die Führung der Nation in den Händen der Arbeiterklasse, die in der DDR — fest verbunden mit allen Volkskräften — ihre politische Macht errichtet, fest fundiert und zuverlässig gesichert hat. Die deutsche Frage kann also nur noch unter der Verantwortung der Arbeiterklasse gelöst werden. Das setzt die Annäherung und Verständigung der Arbeiterorganisationen beider deutschen Staaten voraus. „Das ist der Weg, um das Übergewicht der westdeutschen Arbeiterklasse über Militarismus und Monopolkapital zu sichern und ganz Deutschland auf den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu führen.“⁵⁾

(Georg Neuckranz, aus „Einheit“, Heft 1/1965)

Deutschland darf nie mehr den Frieden der Welt bedrohen. Das deutsche Volk muß alle barbarischen imperialistischen Traditionen ausrotten, damit Talent und Fähigkeiten unserer großen Nation in Gänze mit friedlicher Arbeit, mit sozialem Fortschritt, mit großen Werken der Kultur, mit Freundschaft zu allen friedliebenden Völkern verschmelzen. Die großen humanistischen Traditionen Deutschlands müssen endlich und ein für allemal siegen und das Antlitz der ganzen Nation prägen.

Wer diese Lehren aus dem zweiten Weltkrieg nicht anerkennt, der versündigt sich an der deutschen Nation und den anderen Völkern.

(Aus dem Manifest der Volkskammer an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus.)

Dokumente der Arbeiterbewegung

Grüße der sowjetischen Kommunisten

Das Zentralkomitee unserer Partei erhielt kürzlich als Antwort auf das Grußschreiben des ZK der KPD an das ZK der KPdSU aus Anlaß des 20. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus das nachfolgende Dankschreiben:

*An das Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands*

Teure Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion dankt Ihnen herzlich für Ihr Grußschreiben anlässlich des 20. Jahrestages des welthistorischen Sieges über den Hitlerfaschismus und für die guten Wünsche für unsere Partei und für das Sowjetvolk.

Die Kommunisten der Sowjetunion, unser ganzes Volk, wissen den Beitrag hoch zu schätzen, den die deutschen Kämpfer der Widerstandsbewegung und in erster Linie die ruhmreiche Kommunistische Partei Deutschlands, die in diesem Kampfe an der Spitze stand, für den Sieg über den Faschismus geleistet haben. Wir ehren das Andenken an die hervorragenden Funktionäre Ihrer Partei, der heldenhaften deutschen Kommunisten, die in den hitlerschen Kerkern und in den Konzentrationslagern zu Tode gequält wurden. Sie haben ihr Leben für das Glück ihres Volkes hingegeben, damit es niemals mehr Faschismus und Krieg in der Welt gibt.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Kommunistische Partei Deutschlands haben immer zusammengestanden und werden immer zusammenstehen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß zwischen unseren Parteien die volle Einheit der Anschauungen zu allen Grundfragen der Gegenwart besteht.

Wir wünschen den Kommunisten Westdeutschlands neue Erfolge in Ihrem ruhmreichen und schweren Kampf für den Frieden und für das Glück des deutschen Volkes.

18. Mai 1965

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion

